

# Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.  
 Postscheckkonto der Hauptkasse des DMV, Berlin Nr. 138262  
 Postscheckkonto der Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin Nr. 121218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer  
 Schriftleitung und Versandstelle Berlin SW68, Alte Jakobstraße 148  
 Fernsprecher A 7 Dönhoff 6750-6753

Erscheint wöchentlich am Sonnabend  
 Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgesandt  
 Eingetragen in der Reichspostzeitungsliste

## Eiserne Front für Volksrechte gegen Diktatur!

Vorbei sind die Monate der bloßen Verteidigung und Abwehr! Das Deutschland der Republik und Demokratie steht auf für Volksrechte gegen Diktatur. Widerstandswille ist aufgeflammt in allen deutschen Gauen. Es hat keiner Propagandakünste und keiner Befehle bedurft. Ein Anstoß — wenige organisatorische Hammerschläge genügten: in Stadt und Land wuchs empor die

### Eiserne Front für Volksrechte gegen Diktatur!

Neben die Einheiten des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold traten die Arbeitersportler und in den Betrieben formieren sich alle freiheitlich gesinnten Gewerkschafter als Hammerschichten der Eisernen Front. Eine Millionenarmee — nicht für gewaltsame Angriffe, sondern wider alle Bürgerkriegspläne! Die Existenz dieser durch eine wahre Volkserhebung aufgerichteten Eisernen Front muß jeden Gedanken auf Raub politischer, gewerkschaftlicher und kultureller Freiheiten ersticken.

Viele bittere Tage, harte Wochen und schwere Monate der Abwehr und des Ausharrens liegen hinter uns. Millionen der besten deutschen Arbeiter, darunter hunderttausende Kriegsteilnehmer, stehen an den Stempelstellen; mit ihnen sind hochqualifizierte Angestellte, Techniker und Ingenieure zu qualvollem Feiernüssen verurteilt. Tausende und aber Tausende junger, arbeitsdurstiger Männer und Frauen der freien Berufe sehnen den Tag herbei, der ihnen Gelegenheit gibt, die in jahrelangen Studien erworbenen Kenntnisse zu ihrem und des deutschen Volkes Nutzen zu verwerten. Sie alle leben von kärglicher Unterstützung oder sind angewiesen auf die Hilfe ihrer Familien.

Diese Zeit der Not wird seit Jahr und Tag verlängert und verschärft von herrschsüchtigen Egoisten, die für die Massen des Volkes zu Arbeitslosigkeit, zu Lohn- und Gehaltsabbau auch noch den

### Raub der Rechte eines freien Staatsbürgers

fügen wollen. Mit Millionen, die von Lohn und Gehalt abgezogen wurden, sind Bürgerkriegsarmeen aufgestellt und ausgerüstet worden; ganze Schwärme von Schwadronen werden durch Stadt und Land geschickt; wird Propaganda bezahlt, die als „Retter“ die Verderber Deutschlands anpreist. Der Kampf Deutschlands um Aufhebung der würgenden Reparationszahlungen ist jenen Leuten nur ein Mittel zur innerpolitischen Verhetzung. Ein Volk, das sich

durch Drohung mit Gewalt und bezahlte Demagogie das Recht der Selbstregierung nehmen läßt, wird nie die äußere Freiheit erringen und erhalten können.

Im Hitlerismus hat sich diese wirre Zeit einen gewaltigen Götzen gegeben. Scharlatane fordern die unumschränkte Herrschaft über Leben und Tod, Arbeitskraft und Eigentum aller Deutschen. Nicht die Spur einer schöpferischen Idee — nichts weiter als Blutphantasien hat der sogenannte Nationalsozialismus aus eigenem hervorgebracht.

Großes steht auf dem Spiel — Großes muß von allen freiheitlich gesinnten Männern und Frauen in den kommenden Wochen und Monaten gefordert und geleistet werden.

In allen Bezirken des Reiches muß bis zum 21. Februar 1932 die Eiserne Front formiert sein!

### Kundgebungen am 21. Februar

in ganz Deutschland müssen Freunden und Gegnern die Wucht und die Kraft der Eisernen Front sinnfällig vor Augen führen.

Gewaltige Geldmittel stehen den Feinden des Staates von Weimar zur Verfügung. Sie hoffen, durch Riesenaufwand an Propaganda die Demokratie niederringen zu können. Auch diese Spekulation wird und muß fehlschlagen. In allen Bezirken sind unverzüglich Maßnahmen zur Durchführung einer

### Rüstwoche der Eisernen Front

zu treffen und öffentliche Sammellisten aufzulegen.

Es gilt, der Zerstörung von Deutschlands letzter Wirtschaftskraft Einhalt zu tun; jetzt heißt es, die gewaltigen Energien, die allein die Demokratie zu entfesseln vermag, für die wirtschaftliche Gesundung Deutschlands einzusetzen. Voraussetzung dafür ist der Sieg der politischen Vernunft über die Propheten des Chaos.

- Eiserne Front für soziale Gerechtigkeit!
- Eiserne Front für wirtschaftliche Gesundung!
- Eiserne Front für außenpolitische Freiheit, Frieden und Völkerverständigung!
- Eiserne Front wider alle Feinde der demokratischen Republik!
- Eiserne Front für Volksrechte gegen Diktatur!

## Die Reichskampfleitung der Eisernen Front!

# Ein ganzes Volk von hungernden Menschen!

## Besserungsvorschläge genug, aber keine Tat

F. K. Am 1. Januar wurden 5 966 000 Arbeitslose amtlich gebucht. Es sind ihrer allein in den letzten vier Wochen 620 000 mehr geworden. Obwohl diese Zahlen einen ganzen Ozean von Entbehrung und Verzweiflung ausdrücken, spiegeln sie dennoch nicht das ganze Elend des Proletariats wider. Außer den amtlich gebuchten Arbeitslosen gibt es bekanntlich noch unzählige Haufen, die noch weniger wissen, wie sie Leib und Seele zusammenhalten sollen. Dann kommt noch das millionenköpfige Heer der Kurzarbeiter, deren Lage sich von der der Vollarbeitslosen oft nur dadurch unterscheidet, daß sie mehr Ausgaben machen müssen. Doch so unmenschlich, so himmelschreiend auch das Los all dieser Opfer der kapitalistischen Mißwirtschaft ist, noch unmenschlicher und himmelschreiender ist, daß so viel wie nichts getan wird, die namenlose Misere zu beseitigen. Alles, was bis jetzt an Tatsächlichem getan wurde, hat sie nur verschlimmert.

Wie? Es wird nichts zur Beseitigung der Misere getan? Habt ihr denn nicht den Vorschlag des Professors X gelesen? Aber ja, wir haben den Vorschlag gelesen und noch ein Dutzend dazu. Es vergeht jetzt tatsächlich kein Tag, wo nicht neue Heilrezepte angepriesen werden. Jedes preist eine besondere Art der Lösung des Problems der Probleme. Es soll dies durch Völkerverständigung und radikalem Schluß mit den Reparationen geschehen, durch gesteigerte Warenausfuhr und Erhöhung der Zollschränken oder „Autarkie“, durch Senkung der Löhne und Stützung der Preise, durch unbedingtes Festhalten an der Geldwahrung und durch Einführung von Schwundgeld, durch Subventionierung schwacher Betriebe und durch strenge Sparsamkeit des öffentlichen Haushalts, durch

Es fehlt demnach wahrhaftig nicht an Vorschlägen. Mancher von ihnen ist sicherlich — im Positiven oder Negativen — wertvoll und verdient ernstlich geprüft und verwirklicht zu werden. Allein, die Überfülle wirkt lähmend. Es ist zu befürchten, daß man bei der Beschäftigung mit dem gedruckten Papier die Beschäftigung mit den leidenden Menschen vergißt! Daß unter dem Wust von Rezepten der Drang zum Notwendigsten verschwindet, nämlich, daß nun endlich wirklich die Arbeitslosigkeit fühlbar eingedämmt werden muß.

Die Staubecken menschlichen Elends sind bis zum obersten Rande gefüllt, und in einem fort wälzen sich

ihnen aus Tausenden von Betrieben, Geschäften und Bauernhöfen neue Ströme von Elend zu. Es muß ein helles Wunder genannt werden, daß die Dämme diesen Druck noch aushalten. Wird mit der Entlastung der Staubecken nicht bald beherzt begonnen, dann kann sich die Flut über Nacht in die kapitalistische Niederung ergießen und alles vor sich niederwerfen, einschließlich der Väter jener Vorschläge.

Unserem Laienverstande will es scheinen, daß es tiefgründiger Vorschläge oder ihrer langatmigen Erörterung gar nicht bedürfe, um die Dämme von dem gefährlichen Druck zu befreien. Die uns zur Zeit beglückende Oberschicht brauchte nur etwas einfachen Menschenverstand walten zu lassen. Und hätte sie das längst getan, die Elendsflut wäre nicht zu der beängstigenden Gefährlichkeit angeschwollen. Die Oberschicht hätte vor allem dreies tun müssen: die Arbeitszeit herunter, die Löhne hochhalten und die Zollbäume abhauen.

Die Arbeitszeit herunter: Regierung und Unternehmertum hätten gar nicht warten dürfen, bis die Gewerkschaften die Verkürzung der Arbeitszeit forderten, sondern sie hätten den Sieben-, den Sechs-, den Fünftag anbieten, nein, der Arbeiterschaft aufzwingen müssen. Dadurch wären die Arbeiter in den Betrieben gehalten, vor der Zermürbung und Verzweiflung bewahrt und ein milliardenschweres Wirtschaftsgut, die menschliche Arbeitskraft, vor dem Verfall behütet worden. Dadurch wäre der Zulauf zum Faschismus und Bolschewismus gehemmt, die politische Spannung hintangehalten, die allgemeine Unsicherheit gedämpft und die schweren Zweifel des kreditgebenden Auslandes an dem Bestande des demokratischen Deutschland an Auftrieb gehindert worden. Den Borsigs wäre die Geldsuche leichter gefallen.

Die Löhne hochhalten: Regierung und Unternehmertum hätten keine Neigung zum Lohnabbau aufkommen lassen dürfen; jedenfalls hätten sie unbedingt auf die Erhaltung des Reallohnes bestehen müssen. Dadurch wäre der Inlandsmarkt lebendig geblieben, es hätte in unendlich geringerem Maße zum Schließen von Betrieben zu kommen brauchen, die allgemeinen Betriebskosten wären dank der verbilligten Herstellung infolge anhaltenden Massenabsatzes gesunken, für die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt hätte es keines Krampfes bedurft, und die erdrückenden Steuern zur Füllung der öffentlichen Kassen wären unterblieben.

Die Zollbäume abhauen: Regierung und Unternehmertum hätten den Zollwucher rücksichtslos ausräuchern müssen. Dies, um des erheblichen Preisrückganges der Rohstoffe teilhaftig zu werden. Dadurch hätte die verarbeitende Industrie mit ihrer außerordentlich zahlreichen Arbeiterschaft und Kundschaft viel wohlfeiler erzeugen können, und die Millionen Bauern hätten billige Futtermittel bekommen. Die unendlichen Scharen von Arbeitslosen ständen heute nicht mit erhobenen Fäusten in allen Gassen, und in Pommern, Oldenburg und anderswo wehten jetzt nicht in den Dörfern schwarze Fahnen. Die Bauern könnten ihre Butter, Milch, Eier und Fleisch zu erschwinglichen Preisen in den Städten absetzen, was der Erhaltung des Reallohnes sehr förderlich gewesen wäre. Ferner wäre für das Ausland der Antriebs zur Erhöhung ihrer Zölle weggefallen. Die deutsche Exportindustrie hätte nicht zum Dumping zu greifen brauchen und ihren guten Ruf uneingeschränkt erhalten.

Durch den Abbau der Zollschränken wären allerdings einige unserer Herrschichten ins Gedränge gekommen. In Gestalt von Zöllen leisten die deutschen Verbraucher allein an die Schwerindustrie und den östlichen Großgrundbesitz jahraus, jahrein einen Tribut, der sich auf mindestens 3 Milliarden Mark beläuft. Durch den Wegfall dieser riesigen Faulheitsprämie würde die Herrlichkeit der Eisenbarone und der Junker natürlich fühlbar beeinträchtigt worden sein. Sie hätten sich geschäftlich umstellen, mit der ungeheuren Verschwendung an Dividenden, Prämien, Gehältern und Subventionen an öffentliche Unruhestifter aufhören oder die Herren hätten aus dem Geschäft gehen müssen. In jedem Falle wäre es eine beträchtliche politische Entlastung und ein milliardengroßer wirtschaftlicher Gewinn gewesen. Der Staat hätte ihre Betriebe übernehmen, das heißt zum letzten

### Aus dem Inhalt

	Seite
Eiserne Front für Volksrechte gegen Diktatur! — Ein ganzes Volk von hungernden Menschen!	31
Tribut an den Kapitalismus — Es wird fortgewurstelt	32
Die Pflege des Säuglings — Das Leben der Marie Szameitat	33
Das Wirtschaftsgeld — Die Metallarbeiter-Zeitung als Bindeglied — Betriebsräte - Arbeitszeitversümmnis	34
Brief aus der Schweiz — Fehler des Systems	35
Wirrwarr bei der Krisenunterstützung — Schriftenschau	36

Male sanieren müssen. Diese Betriebe sind ja eigentlich schon längst öffentliches Eigentum, denn das Volk hat sie schon dutzendfach durch den alljährlichen Tribut bezahlt; es ist nur sträfliche Unterlassung, wenn die Besitztümer dieser Betriebe nicht schon längst bei der öffentlichen Hand sind.

Mit den oben erwähnten Mitteln ist nun zwar die Wirtschaftskrise nicht zu beseitigen, denn das hängt in starkem Grade von internationalen Umständen ab; immerhin aber hätten durch diese Mittel die Verschärfung der Krise aufgehalten, der wirtschaftliche Wiederaufstieg erleichtert und schließlich gar das Leben der kapitalistischen Ordnung verlängert werden können. Regierung und Unternehmertum aber haben sich entschieden geweigert, jene Mittel anzuwenden. Noch mehr. Sie haben wie besessen das stracke Gegenteil verübt. Das sollte, wie einem dünkt, besonders vom kapitalistischen Standpunkte aus bedauert werden.

Das große Übel ist nun einmal nicht mit Rezepten zu heilen, die in Zeiten beängstigenden Mangels ausgeheckt wurden, da wir in Zeiten eines beängstigenden Überflusses leben. So ist denn der kapitalistische Wirtschaftskörper immer kränker, bis auf den Tod krank geworden. Die obengenannten Mittel — Arbeitszeitverkürzung, Hochhaltung, nein, jetzt Hochtreibung der Löhne und beherzter Zollabbau — sind natürlich immer noch vonnöten. Sie haben den Vorzug, daß sie keiner großen Programme, keiner Milliardenkredite und ähnlicher Umständlichkeiten bedürfen. Sie sind sofort anwendbar. Ihre wohltätigen Wirkungen würden sich verhältnismäßig schnell zeigen. Für sie sollten zuvörderst die Kräfte eingesetzt werden. Sie sind vorzüglich geeignet als Prüfstein für den guten Willen der Machthabenden, überhaupt etwas zur Milderung der Krise zu tun, und für die Stärke der Kräfte, eine Besserung durchzusetzen. Dieser Beweis müßte erst erbracht sein, ehe man sich mit größeren Plänen abmüht. Zu diesen wird es auch kommen, und zwar dann, wenn der Druck der Not die Widerstände übersteigt.

Wir haben 6 Millionen Vollarbeitslose. Das sind mit den Angehörigen an die 20 Millionen. Ein ganzes Volk von Hungernden, verzweifelnden Menschen! Und mit jedem Tage werden es ihrer noch mehr! Die Staubecken des menschlichen Elends sind übervoll. Über Nacht können ihre Dämme bersten — — —

## Es wird fortgewurstelt

Was wir letzte Woche hier als noch nicht ganz bestimmt hinstellten, ist inzwischen tatsächlich eingetreten: die Reparationskonferenz von Lausanne hat nicht stattgefunden. Sie ist nicht einmal formell abgesagt worden, sondern die hohen Regierungen haben sich an ihr in der Art des Vogel Strauß vorbeigedrückt. Ein Ruhmeszeichen ist das für die Regierungen wahrhaftig nicht, eher ein Beweis für das Gegenteil von Mut. So hängt denn die Reparationsfrage weiter in der Schwebe, ist verwirrt denn je, und kein Mensch weiß jetzt, wann es zu ihrer Entwirrung und Regelung kommt.

Mehr konnten sich die Nationalisten dies und jenseits der Grenze schwerlich wünschen. Sie werden sich über die Grenzen hinweg die Bälle zu. Sie kreischen sich gegenseitig an, ballen die Fäuste gegeneinander, kurz, mühen sich um eine frisch-fröhliche Völkerhetze. Der „Temps“, das Blatt des französischen Großkapitals, droht Deutschland mit der Ankündigung des Kredits, mit einer neuen Prozentsigen Abgabe auf deutsche Waren und mit gleichkalibrigen Kleinigkeiten, wenn es den Youngplan nicht einhalte, das heißt nicht fernerhin die volle Summe der Reparationen entrichte. Bald dürfte auch die deutsche nationalistische Presse, sagen wir, die Bergwerks-Zeitung, gleiches Geschütz anfahren und ihre Dreckwürfe abermals mit „französischem Sadismus“, dem „ewigen Störenfried“ und ähnlichem garnieren. Die nationalistische Presse, allerwärts von schwerindustriellen Gelde bewegt, kann ruhige Überlegung und friedliche Gesinnung nicht brauchen; sie muß Haß, Verwirrung und Konfliktlust entfachen, um die Köpfe abzulenken von den dunklen Geschäften ihrer Geldgeber. Dies sollte ein Grund mehr für die Arbeiterschaft haben und drüben sein, in aller Ruhe die Reparationsfrage zu behandeln und aufzupassen, daß sie nicht in nationalistische Spuren gerät.

Selbstverständlich ist mit der recht undiplomatischen Erklärung des deutschen Reichskanzlers, Deutschland könne nicht mehr zahlen — was in vielen ausländischen Ohren wie ein Nicht-mehr-wollen klingt —, die Reparationsfrage nicht gelöst. Eher will es einem scheinen, daß durch die Erklärung die Lösung noch mehr erschwert worden wäre. Diese heikle Sache wird Deutschland noch bedeutende Schwierigkeiten machen, besonders dann, wenn man dabei die kühle Ruhe vermissen lassen sollte. Man darf nicht vergessen, daß Deutschland allein und als Schuldner im Rate der Gläubigermächte erscheint, die ihm einen Nachlaß gewähren, nein die ganze Schuld erlassen sollen. Und da niemand einem andern ohne weiteres etwas schenkt, so werden es die Gläubigermächte vorerst einmal mit Abschlägen versuchen, aber auch dies nur, wenn es harter Zwang oder der eigne Vorteil gebieten. Doch soweit sind wir offenbar noch nicht. Keine der hierfür maßgebenden Regierungen zeigt sich zur Stunde zu einer Endlösung des Reparationsproblems bereit.

Und diese Mächte sind auch nicht bereit, eine richtige Vorbedingung zur Zahlung der Reparationen zu erfüllen. Sie verwehren durch Erhöhung ihrer Zollschränken den deutschen Waren den Eingang in ihre Gebiete, verhindern also, daß Deutschland zahlen kann. Und dieses kann jetzt auch nicht mehr wie bislang im Auslande Kredite zur Erfüllung der Verpflichtungen aufzulegen noch Gold anführen. Auf diese Weise machen die Gläubigermächte selbst die Zahlung der Reparationen unmöglich. Daß sie die Unbilligkeit ihres Tuns selbst fühlen, darf man wohl annehmen. Es fehlt ihnen wahrscheinlich der Mut, das ihnen Antragsgebern mit der gebotenen Deutlichkeit zu sagen. Darum wird eben fortgewurstelt in einer Sache, die alles andre als Fortwursteln verdient.

## Hochkonjunktur vor den Arbeitsgerichten

Man sollte meinen, daß die außerordentlich hohe Arbeitslosigkeit den Massenandrang zu den Arbeitsgerichten vermindert hätte. Dies ist aber nicht der Fall. Beim Arbeitsgericht Berlin wurden im Jahre 1931 rund 72000 Klagen eingereicht, gegen 69000 im Jahre 1930. Während also in den Fabriksälen und Büros die Tätigen immer geringer wird, ebbt der lebhafteste Verkehr in den Gehäuden der Arbeitsgerichte keineswegs ab. Hier wird der stille Kampf um Arbeiterrechte ausgelodert. Durch die von den Gewerkschaften geschaffenen sozialpolitischen Gesetze vermag der Arbeiter oder Angestellte sein Recht nicht ohne Erfolg zu finden. Als Anwälte fungieren hier in den meisten Fällen Gewerkschaftsangeordnete, die sich je länger je besser zu guten Rechtskennern und Verhandlern entwickelt haben.

# Tribut an den Kapitalismus

## Dagegen verblassen die Reparationssummen

Es sind riesenhafte, nicht wieder gutzumachende Verluste, die die Menschheit in diesen Jahren der Krise erleidet. Was kostet der Wahnsinn dieser Krise die Menschheit? Wieviel Güter, sonst der Versorgung der Menschen und dem Fortschritt der Produktion dienbar, gehen in dieser furchtbarsten aller kapitalistischen Krisen verloren?

Wladimir Woytinsky hat in einem Buch „Internationale Hebung der Preise als Ausweg aus der Krise“ zu berechnen versucht, was die Weltkrise der Menschheit kostet. Woytinsky geht von Deutschland aus: in den anderthalb Jahren, vom September 1929 bis März 1931, haben den deutschen Arbeitsmarkt etwa 1,6 Millionen Arbeitslose belastet, deren Arbeitslosigkeit nicht auf Saisonschwankungen, sondern nur auf die ungünstige wirtschaftliche Lage zurückzuführen war. Zu ihnen kommen noch die Kurzarbeiter, so daß mit dem Ausfall der Arbeit von etwa zwei Millionen Arbeitskräften gerechnet werden muß. Was ein Arbeiter im Jahr produziert, ist nach Woytinskys Schätzung etwa viertausend Mark — das Doppelte seines Lohnes — wert. In den achtzehn Krisenmonaten bis März 1931 hat Deutschland etwa 12 bis 12,6 Milliarden Goldmark verloren: das Sozialprodukt, die Summe der in der deutschen Volkswirtschaft erzeugten Güter, war um diese Riesensumme geringer.

Aber das ist der Verlust nur bis März. In den drei Vierteljahre, die seither vergangen sind, ist der Verlust noch größer geworden. Er dürfte nach Woytinskys Schätzung 1,2 bis 1,4 Milliarden Goldmark im Monat betragen. Bis Ende 1930 ergibt sich also allein in der deutschen Wirtschaft ein Gesamtverlust von 23 bis 25 Milliarden Goldmark. Dabei ist diese Rechnung noch sehr vorsichtig: nach Berechnungen des Deutschen Konjunkturforschungsinstituts ist der Verlust noch größer.

Wie groß ist nun der Krisenverlust der Welt? In Deutschland sind etwa ein Fünftel bis ein Viertel der Arbeitslosen der ganzen Welt. Überträgt man also die Ergebnisse der Rechnung Woytinskys auf die Weltwirtschaft, so kommt man zu dem erschreckenden Ergebnis, daß allein die Erzeugung in der ganzen Welt bis Ende 1931 einen Ausfall von 120 bis 130 Milliarden Goldmark erlitten hat. Aber damit noch nicht genug! Zu den Produktionsverlusten kommen die Verluste, die infolge der Schrumpfung des Handelsapparats und der dadurch hervorgerufenen Einschränkung des Verkehrs entstanden sind. Diese Unkosten der Produktion betragen in der Regel ein Viertel der Erzeugungswerte. Im ganzen hat also die Weltwirtschaft bis Ende des Jahres 1931 einen Verlust von hundertfünfzig bis hundertsechzig Milliarden Goldmark erlitten — eine unvorstellbar große Summe, um die die Menschheit ärmer geworden ist an Gütern, mit denen die Hungernden gesättigt, die Frierenden bekleidet werden könnten.

Da streiten die kapitalistischen Regierungen der Welt um die Reparationen und die Kriegsschulden. Mit Recht erklärt Deutschland, daß es angesichts seiner Verarmung keine Reparationen zahlen könne. Aber die Reparationen, die als unlösbares Problem drohend zwischen den Regierungen und den Völkern stehen, sind nur ein kleiner Teil dessen, was die Welt bisher infolge der Krise verloren hat. Alle Zahlungen, die Deutschland nach dem Young-Plan zu leisten hat, betragen nach ihrem Gegenwartwert 39 Milliarden Mark, etwa ein Viertel des Verlustes, den die Menschheit bisher infolge der Krise erleidet! Die Tribute, die alle Völker der Erde dem Kapitalismus zahlen müssen, sind unvergleichlich größer als die Tributzahlungen, die kapitalistischer Siegerübermut dem deutschen Volk auferlegt hat. Der Kapitalismus ist noch viel grausamer als seine Schüler und Söldlinge in Versailles gewesen sind!

Die größten Staatsmänner, fügt dem obigen die Wiener Arbeiter-Zeitung zu, die klügsten Wirtschaftspolitiker, über die die Bourgeoisie verfügt, rücken aus, um die großen Probleme der kapitalistischen Politik zu lösen — und eine einfache Rechnung erweist, daß die Regierungen, indem sie am Kapitalismus festhalten, sich und die Menschen unvergleichlich größerer Gütermengen berauben, als es die sind, um die auf unzähligen Regierungskonferenzen gefeilscht wird. Da hat man Hoovers Moratorium als einen großherzigen Schritt gepriesen. Ein Jahr lang zahlt Deutschland keine Reparationen: das sind etwa 1,8 Milliarden Mark. Und die Siegerländer zahlen keine Schuldenraten an die Vereinigten Staaten, ungefähr dasselbe, was Deutschland in einem Jahre zu zahlen gehabt hätte. Aber wer das Hoover-Moratorium für die Rettung gehalten hat, der wurde bitter enttäuscht. Es war nur ein kleiner Tropfen auf einen glühend heißen Stein. Was soll denn auch eine Schuldenstundung von kaum zwei Milliarden Mark bewirken, in einem Jahr, in dem Deutschland mindestens das Siebenfache, fünfzehn Milliarden, infolge des Produktionsausfalles verloren hat? Hätte die Welt in den beiden letzten Jahren ungestört weiterproduziert — die Welt besäße viermal soviel an Gütern, als in Jahrzehnten mühsam hervorgebracht werden soll, um die Kriegsschulden zu bezahlen!

Denn hier geht es, wie immer wieder festgestellt werden muß, nicht um Zahlen, auch nicht um Goldbarren, deren Existenz allein noch nicht bedeutet, daß die Hungernden gesättigt werden können. Nein, hier geht es um leibhaftige, um wirkliche Güter: um Maschinen zur Ausgestaltung der Produktion; um Rohstoffe, die der Erzeugung dienen; um Kohle, um die Kessel zu heizen und menschliche Behausungen zu erwärmen; hier geht es um Kleider, um Nahrungsmittel, um Genußmittel; um Wohnungen; um Arzneien; um Bücher und andre kulturelle Werte. Alles wäre da, wenn der Kapitalismus nicht da wäre!

## Die national-kapitalistische Arbeiterpartei

Die Geldkanäle von der Schwerindustrie zu den Nationalsozialisten sind sehr vorsichtig verdeckt. Die Schwerindustriellen halten die Geschäftsverbindung mit den Nazis streng geheim, damit sie nicht diskreditiert und nach der anderen Seite noch geschäftsfähig sind, wenn die Hoffnung auf die teuren Säugelinder fehlschlagen sollte. Und die Führer der Nazis halten die Geschäftsverbindung mit ihren Nährvätern streng geheim, damit sie ihrerseits für den Dummengang geschäftsfähig bleiben. Kurz, zum besseren Vollzuge ihrer jetzigen und späteren Geschäfte halten die beiden Partner des Beutegeschäfts ihre gegenseitigen finanziellen Beziehungen im Dunkeln. Ihre Beziehungen sind eben so, daß sie das Licht des Tages nicht vertragen.

Allein, selbst die peinlichste Geheimhaltung kann es nicht verhindern, daß sich der Schleier über den Nehm- und Gibgeschäften der nationalsozialistisch-schwerindustriellen Partnerschaften zuweilen lüftet. Es werden immer mehr Namen von Geldgebern der Nazis bekannt, die wohl gemerkt zu werden verdienen. Das christliche Gewerkschaftsblatt „Der Deutsche“ wollte nun den Nationalsozialisten die Gelegenheit geben, sich selbst zu dieser dunklen Affäre zu äußern. Er stellte ihnen daher die Frage, ob sie von der Schwerindustrie Geld erhalten haben, um dafür sozialistische Forderungen preiszugeben.

Man sollte meinen, eine Partei, die eine Partei der Arbeiter zu sein vorgibt, hätte schleunigst diese Gelegenheit ergriffen, um sich in aller Öffentlichkeit nach der Seite der Todfeinde der Arbeiter hin scharf und zweifelsfrei abzugrenzen. Von dieser Selbstverständlichkeit scheinen aber die „sittlichen Erneuerer“ Deutschlands gar nichts zu halten. Anstatt auf die Frage des „Deutschen“ klipp und klar mit einem „Nein“ zu antworten, gingen die Nazis in ihrem Hauptblatt, dem „Völkischen Beobachter“, mit polterndem Wortschwall um die Frage herum. Darob scheint man in gewissen Kreisen der Nationalsozialisten unangenehm berührt zu sein. So schreibt der Nationalsozialist Ludwig Weissauer in seinem soeben erschienenen Buch „Wege zur Diktatur“ über das Zustandekommen des nationalsozialistischen Wirtschaftsprogramms unter anderem folgendes:

„Universitätsprofessoren versuchen zu verbessern, wo jede Verbesserung eine Verschlechterung bedeutet. Wirtschaftsführer bezahlen nicht notwendigermaßen Summen und beauftragen von ihnen bezahlte Theoretiker, diesem Wirtschaftsprogramm ein ihnen genehmes Gesicht zu geben. Nach wochenlangen Vorbereitungen und Kommissionsitzungen entstand so ein Wirtschaftsprogramm, in dem das Wort „Sozialismus“ überhaupt nicht mehr vorkam. Es kam über allgemeine Formulierungen, wie „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ und „Nationalwirtschaft“ an Stelle von „Weltwirtschaft“ nicht hinaus. Nur dem rechtzeitigen Eingreifen Gregor Strassers und Dr. Goebbels gelang es, die Veröffentlichung dieses Programms zu verhindern. Um das Maß des Unglücks vollzumachen, schrieb Kempe im Auftrage einer Gruppe der

deutschen Industrie die Broschüre: „Der Nationalsozialismus und die Wirtschaft“, in der nicht mehr und nicht weniger versucht wurde (Der Versuch ist geglückt. Red.), als den Nachweis zu erbringen, daß das Wirtschaftsprogramm der NSDAP dort, wo es sozialistische Gedankengänge vertritt, schon längst aufgegeben sei, daß die Wirtschaft auch nicht die geringsten Befürchtungen bei einer Machtübernahme durch die Nationalsozialisten zu hegen habe.“

Hier wird von einem Manne, der „in den Reihen der nationalen Opposition für die NSDAP“ tätig ist, offen zugegeben, daß sich der führende Kreis dieser Partei dazu hergibt, gegen schwerindustrielle Silberlinge den Sozialismus im Programm dieser „sozialistischen“ Partei preiszugeben. Neu ist die Offenbarung dieses kundigen Mannes nun zwar nicht. Daß das Beiwort „sozialistisch“ im Firmenschild der Nazis nur zur Täuschung der Vielzweigen dient, weiß nachgerade jeder geistig normale Mensch. Jeder buchstabiert ja schon längst „Nationalsozialistische Arbeiterpartei“ mit „Nationalkapitalistische Arbeiterpartei“, und zwar in dem Sinne: Diese Partei arbeitet für das nationalistische Kapital.

## Großer Lohnkonflikt in Schweden

110 000 Arbeiter in Schweden, von denen mehr als 60 000 in der Maschinenindustrie, 30 000 in der Eisenindustrie, 17 000 in der Sägenindustrie und etwa 2000 in der metallverarbeitenden Industrie beschäftigt sind, stehen in einem schweren Arbeitskonflikt. Die Unternehmer möchten eine Lohnsenkung durchführen. 11 000 Maschinenarbeiter haben daraufhin den Streik angekündigt, worauf die Arbeitgeberverbände mit einem allgemeinen Aussperrungsbeschluß antworteten.

Die Tarifverträge in der Maschinen- und Eisenindustrie sind Ende des Vorjahres abgelaufen. Ein Schlichtungsausschuß war bemüht, den neuen Tarifvertrag auf Grund von Lohnermäßigungen für die Maschinen- und Eisenindustrie zustande zu bringen. Bei der Urabstimmung wurde jedoch die Zustimmung der Lohnsenkung von der Mehrheit der Arbeiter abgelehnt. Der Tarifvertrag in der Sägenindustrie läuft zwar erst im Februar ab, die Verhandlungen zu seiner Erneuerung sind jedoch gescheitert. Die Unternehmer glaubten einen Druck auf die Arbeiterschaft ausüben zu können, da sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt in der letzten Zeit sehr verschlechterte. Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen stieg von Oktober auf November 1931 von 40 400 auf 57 100. Ein Jahr zuvor betrug sie nur 14 600. So erreichte die Arbeitslosigkeit die höchsten Ziffern seit der großen Krise 1922.

Die Arbeiterschaft hatte jeden Grund, die ihr zugemutete Lohnsenkung abzulehnen. Schweden hat sich gleich nach der Aufgabe der Goldwährung in England von der Goldwährung losgelöst. Das aber bedeutet steigende Preise für die eingeführten Lebensmittel und Rohstoffe und dementsprechend auch erhöhte Lebenshaltungskosten, die, wenn sie sich auch bisher noch nicht allzu stark fühlbar machten, bei einer Geldentwertung von etwa 30 vH gegenüber dem Dollar in nicht allzuferner Zeit stark in Erscheinung treten muß. Die Arbeiterschaft konnte nicht der Lohnsenkung in einem Zeitpunkt zustimmen, wo die erhebliche Steigerung der Lebenshaltungskosten zu erwarten ist.





# Familie und Heim



## Die Pflege des Säuglings / Von Schwester Erna



Die Säuglingssterblichkeit ist in Deutschland noch immer sehr beträchtlich. Im Jahre 1930 starben 8,4 vH der Säuglingskinder vor Vollendung des ersten Lebensjahres. Die Gründe hierfür sind nicht immer in Armut und Not zu suchen. Gleichgültigkeit, falsche Beratung und leider auch noch sehr viel Unwissenheit der Mütter in der Behandlung und Pflege ihrer Kleinen, tragen in hohem Maße zur Säuglingssterblichkeit bei. Neben dieser traurigen Tatsache tritt noch ein weit größerer Hundertsatz schwerer Gesundheitsstörungen der am Leben verbleibenden Säuglinge in Erscheinung, welche Schäden nur in wenigen Fällen völlig beseitigt werden können. Hier liegt gleichzeitig die Quelle späterer körperlicher und geistiger Fehler der Menschen.

An Aufklärung ist in unserer Zeit schon sehr viel getan worden, und man sollte deshalb glauben, daß in der Säuglingspflege eine bessere Schulung und Kenntnis eingetreten sei. Das trifft jedoch auf Grund der Sterblichkeitsziffer nicht zu. Die wirtschaftliche Krise stellt heute in vielen Fällen die notwendigen Aufwendungen für die Pflege in Frage. Es soll trotzdem gezeigt werden, wie man auch bei kleinem Einkommen dieser Aufgabe gerecht werden kann. Wasser und Seife sind nicht teuer, und die sonstige Wartung in bezug auf Genauigkeit und Umsicht kostet nur Mühe, die man überhaupt walten lassen muß.

Als erstes und wichtigstes für unsere Kinder sind Luft, Sonne, Reinlichkeit und besonders Pünktlichkeit anzuführen. Das Kind muß vor allem sein eigenes Bett haben. Ist ein solches nicht zu beschaffen, genügt ein Waschkorb. Darauf zu achten ist, daß alles, was zum Bettchen verwendet wird, auch waschbar ist. Zur Bettwäsche läßt sich sehr vorteilhaft Nessel verwenden, der ja billig ist und nach öfterem Kochen schön weiß wird. Als Matratze machen wir uns eine Hülle in entsprechender Größe, die wir mit ausgekochter und gut getrockneter Holz- wolle recht prall füllen. Laßt Federbetten als Unterlagen weg, da sie das Kind überhitzen. Das Kopfkissen soll auch keine Federn enthalten, sondern möglichst mit Roßhaar gefüllt sein; wo das nicht beschafft werden kann, genügt feine Holz- wolle.

Niemals soll das Kind mit dem Kopf hoch liegen. Die Wirbelsäule des Säuglings ist noch weich und verbiegt sich sehr leicht. Das Lager soll also flach sein. Ein Gummütuch schützt die Matratze vor dem Durchnässen. Es darf aber nur zwei Drittel der Matratze bedecken, da sonst das Bett von unten luftundurchlässig ist und durch die angesammelte Feuchtigkeit das Kind leicht wund werden kann. Zum Zudecken nimmt man eine Woldecke, die sich leicht aus einer alten groben herstellen läßt. Nur wenn es sehr kalt ist, legt man noch ein leichtes Federkissen über die Füße des Kleinen. Die Woldecke soll auch in einem Bezug stecken, weil dieser sich leichter waschen läßt als die Decke. In einem so hergerichteten Bettchen läßt es sich der Säugling bestimmt wohl sein.

Die althergebrachte Meinung, das Kind wolle oder müsse auf den Armen herumgetragen werden, oder, wenn es schreit gefahren oder geschaukelt sein, ist vollständig zu verwerfen. Um das Kind an die Luft zu bringen, brauchen wir einen Kinderwagen. Mit diesem wird bei vielen Müttern sehr gesündigt. Da werden Spitzen und Schleifen in Hülle und Fülle angebracht, Decken und Überdeckchen über den Säugling bis unter seine Nase aufgedeckt, damit ja keine Luft an das Kind kommen kann. Die Spitzen und Schleifen sind große Staubfänger und weil sie nicht jeden Tag abgemacht und gewaschen

werden können, eine große gesundheitliche Gefahr. Da tut eine einfache Kordel als Abschluß am Verdeck angenehmt voll auf dem Schmuckbedürfnis Genüge. Als Matratze verwendet man auch hier eine Federunterlage. Mit der Zudecke verfähre man wie beim Bettchen, verwendet also die leichte Federdecke nur bei Kälte. Das Kind soll ja Licht und Luft bekommen. Bei warmem Wetter braucht das Verdeck des Wagens nur als Sonnenschutz dienen.

Als Kleidung benutzen wir für den Säugling Flügelhemdchen, die vorn, und gestrickte baumwollene Jäckchen, die hinten zu binden sind. Zwei Dutzend Windeln reichen, die man aus 20 Meter Nessel herstellen kann. Für die kalte Jahreszeit beschafft man sich ein Moltonwickeltuch. Die früher gebrauchten Wickelbänder sind als schädlich schon längst abgeschafft. Beim Wickeln des Säuglings verwendet man kein Gummituch, da dies die Ausdünstung hemmt und leicht zum Wundwerden führt. Sobald sich das Kind den Wickel wegstrampelt, können die Windeln als Höschen und darüber ein Kleidchen angezogen werden; Strampelfreiheit ist notwendig. Für die Nacht näht man einen Strampelsack, das ist ein langer Tragrock, der unten zugehakt wird. Das schützt das Kind vor dem völligen Bloßstrampeln. Daß die Wäsche des Säuglings stets gut gewaschen und gekocht werden muß, sollte jeder Mutter selbstverständlich sein.

Täglich einmal wird das Kind gebadet. Die Wanne soll nach Möglichkeit nur zum Baden und nicht auch zum Wäschewaschen verwandt werden. Das Badewasser muß Körpertemperatur (36 Grad Celsius) haben und darf nur mit dem Badethermometer gemessen werden. Das Fühlen mit der Hand ist nicht zuverlässig, da jeder Mensch eine andere Wärmeempfindlichkeit besitzt. Für 50 Pf. ist ein Badethermometer zu erhalten. Damit läßt sich eine dem Kind außerordentlich schädliche Über- oder Untertemperatur des Wassers vermeiden. Man benutzt eine milde sodafreie Seife, zwei Frotteewaschlappen verschiedener Farbe, wovon der eine für das Gesicht, der andere für den Körper bestimmt ist.

Wir beginnen mit der Reinigung von Arme und Leib, dann Füße, Rücken und Gesäß. Der Kopf wird stets zuletzt gewaschen, um eine Abkühlung zu vermeiden. Das Kind ruht beim Baden auf unserem linken Unterarm, die linke Hand hält den Körper unter dem Schulterblatt fest und der Kopf muß immer über Wasser bleiben, damit sich nicht die Ohren mit Wasser füllen. Das Gesicht wird stets außerhalb des Bades mit sauberem kaltem Wasser mit dem dazu bestimmten besonderen Waschlappen behandelt. Die Badezeit beschränkt man auf höchstens fünf Minuten, da längeres Baden den Säugling schwächt. Mit dem eigens für das Kind bestimmten Badetuch ist der Körper sorgfältig abzutrocknen. Besonders auf die Hautstellen achten. Vor dem Ankleiden werden Hals und Achselhöhlen gepudert.

Das alles muß rasch geschehen, denn das Kind darf nicht kalt werden. Zum Schluß werden Nase und Ohren mit Wätschbüschchen gut ausgetrocknet und das Haar mit einer weichen Bürste gestrichen. Man kann nun das Gesicht mit einer milden Hautcreme noch leicht einreiben. Nach dem Bade wird der Säugling gefüttert und soll dann mindestens eine Stunde im Raum bleiben als Schutz vor Erkältung.

### Das Gepäck der Köchin

Dame des Hauses (zur neuengagierten Köchin): „Es scheint, daß Sie außerordentlich viel Gepäck haben!“

Köchin: „Jawohl, gnädige Frau, aber wenn ich die Wahrheit sagen soll, so weiß ich nicht, was in all den Schachteln ist. Ich hatte seit Monaten keine Gelegenheit, sie auszupacken.“

Marie blickt auf den Punkt. Spähend und lauernd. Lächelt jäh und flackernd: „Vergessen — ja. Vergessen.“ Und schweigt wieder, sackt in sich zusammen.

Wieder rüttelt die Faust an ihr, ohne daß sie Marie erwecken kann. Die Frau spricht flehend zu ihr und überstürzt wie zu einem Kinde.

„So verstehen Sie mich doch! Ich sagte Ihnen, Sie brauchen nicht zu verzweifeln, hören Sie? Also, Kopf hoch, Marie! Sie sind doch nicht verloren!“

Marie ist wie aus Stein. Müde tropfen daraus die Worte, dem roten Punkt in der Bohle zu.

„Kopf hoch? Habe ich nicht immer den Kopf hoch gehalten? Und jetzt muß ich ins Zuchthaus. Ins Zuchthaus muß ich jetzt. Und zu Hause werden die einen triumphieren und die anderen werden sich schämen für mich.“

Plötzlich fällt Marie ganz in sich zusammen und wimmert hilflos: „Oh, meine Mutter! Meine Mutter!“

Hart packt die Hand und schüttelt ihre Schultern. „Das ist ja alles Unsinn! Niemand muß sich ihretwegen schämen! Ihre Mutter kann stolz sein auf Sie! Stolz, wie Sie selber auf sich sein müßten! Begreifen Sie doch! Was haben Sie denn getan? Was denn anders, als daß Sie Mutter waren, brave, tapfere, beste Mutter! Und das sollen Sie auch bleiben, Marie, hören Sie? Denken Sie doch an Ihre Kinder, die brauchen Sie doch! Und wir werden Ihnen helfen, alle, alle! Und alles wird wieder gut. Nur Geduld jetzt, Mut, paar Wochen Ausdauer, dann ist alles vorbei und Sie sind wieder obenauf!“

Maries Wimmern ist leiser geworden. Sie scheint nachzudenken. Plötzlich nickt sie schwer und lange. „Ja. Dann ist es vorbei.“

Der Wärter klopft an die Zellentür. Das Präsidium hat angerufen, die Fürsorgerin wird dringend zu einer Verhandlung gerufen. Die Frau ist unschlüssig, was sie tun soll, sieht auf Marie, die ausgebrannt und leer da hockt und nur schwer mit dem Kopfe pendelt.

Mit weicheм Druck legt sich ihre Hand auf Maries Schulter. Beschwörend versucht die warme Stimme in Marie Halt zu gewinnen.

„Verlieren Sie sich nicht, Marie! Raffen Sie sich auf! Bedenken Sie, was ich Ihnen sagte! Sie sind nicht verloren! Wir brauchen doch Menschen wie Sie, Mütter wie Sie! Die lassen wir nicht kaputtgehen! Sie werden sie wachrufen, die Menschen, Sie, Marie, und ich werde Ihnen dabei helfen! Und alle werden kämpfen für Sie und für Ihre Sache, und alles wird gut werden, Marie! Sie werden bald frei sein, Marie! Hören Sie? Bald frei!“

Marie nickt schwer mit dem Kopf. Und schweigt. Und ist wieder unbeweglich. Ist wieder allein.

Es ist die letzte Verzweiflung, die größte, die nun Marie befallen hat. Jene Verzweiflung, die nicht denken, nicht schreien, nicht hoffen und nicht mehr Trost finden kann. Maries Verzweiflung hat den Schlußgrad erreicht, bei dem kein Ausweg mehr möglich und jeder Widerstand sinnlos ist und nur mehr unerbittlich Erfüllung erzwingender Drang befiehlt: Nacht, Vergessen, Schlafen und nicht mehr Aufwachen!

Nur mehr das! Alles andere ist tot, versunken, verschollen, erloschen. Alles fällt ab von Marie. Verwunderlich, wie das möglich ist, trotz all der hinunterziehenden Schwere in sich leicht zu werden. Seltsam leuchtet Maries Gesicht, sonderbar irrt auf und ab ihr Blick. Sie steht in der Zelle, und nun „schreitet“ sie hindurch wie verklärte lächelnde Traumwandlerin. Ihre Hände tasten die Wände ab, suchen einen Halt für das Gurtband, das die Hände mit überraschendem Rück abgerissen haben. Grausame Wände, die glatt sind und spöttisch höhrend wie die Vergangenheit, die mit boshafteи Fratzen narrt.

Marie, immer noch das Gurtband in den Händen, steht wieder hilflos und wieder mit angstverzerrtem Gesicht. Der Blick wandert, läuft, hetzt, springt, rast durch die Zelle, wand- auf, wandab, sucht Hilfe, schreit nach dem Halt für das Band. Die Wände, die verfluchten glatten Wände, lachen Marie aus.

Sie fällt wieder auf die Pritsche. Hinter Maries Stirn die Niethammer: Du-mußt-du-mußt-du-mußt!

Der Blick springt auf und ab. Fällt auf den Boden. Das ist der Punkt, der rote Punkt in der Bohle. Der Punkt wird größer, immer größer, roter, riesiger Kreis, Ebene und Firmament aus Rot, nichts als Rot. Nichts anderes mehr vor Maries Augen. Nur mehr dieses Rot, dies rufende, verlockende, erfüllende, bestimmende Rot.

Triumph! Marie öffnet die Gurtschnalle, setzt die Nadelspitzen an und bohrt sie tief in die Adern, reißt sie an beiden Handgelenken auf und sinkt langsam aufatmend zurück, sinkt, sinkt, tiefer und tiefer.

Langsam nach ersten aufsprudelnden Stößen verströmt jetzt ihr Blut, ihr braves, heißes, tapferes, gutes Blut, rinnt über die Pritsche, tropft wie Sekundenschlag einer Uhr auf die Bohle, plätschert auf den Boden, fließt ruhig jetzt, kreist den Punkt ein, den roten Punkt, erfüllt ihn und verschwindet über ihm, der gerufen hat.

Als nach einer Stunde vielleicht der erschrockene Schließer mit dem hinzuspringenden Arzt, der Marie untersuchen sollte, die Zelle betritt, ist Marie schon tot. Auf ihrem blutleer leuchtenden Gesicht, das wundersam gelöst und doch be- zwingend in sich gebunden ist, schläft rätselvoll und unverkennbar seltsames, dankbares Lächeln der Erlösung und Befreiung-trotzalledem.

Im Redaktionssekretariat des „Kurier“ tickte der Fernschreiber. Tickte nüchtern und sachlich Buchstaben, formte Worte und band sie zu Sätzen, schloß sie zum Polizeibericht der zweiten Tageshälfte.

Der Bericht enthielt auch diese Notiz: „In der vergangenen Nacht wurde im Grunewald in der Nähe der Siedlerkolonie die 33jährige geschiedene Marie Sz., Mutter von vier un- mündigen Kindern, bei dem Versuch, ihr infolge verbotenen Eingriffs vorzeitig und tot geborenes Kind zu vergraben, ver- haftet und in das Untersuchungsgefängnis im Polizeipräsidium überführt. Die Verhaftete hat in vermutlich plötzlich auf- getretener geistiger Umnachtung Selbstmord verübt.“

Der Bericht schoß durch die Rohrpostanlage in die für ihn zuständige Lokalredaktion, wo zwei Redakteure, ohne die Korrektur der vor ihnen liegenden noch nassen Bürstenabzüge zu unterbrechen, dem Mitarbeiterstab knapp und sachlich ihre Anweisungen für die Morgenausgabe erteilten.

Kurz bevor die Mitarbeiter erledigt waren, besann sich noch der Chef auf den Polizeibericht und überflog, nervös die Zigarette zwischen den Lippen jonglierend, die Streifen.

Um sie langsam und bedächtig, die Meldung nochmals in Gedanken durchzwitternd, in der sachlich sich schließenden Hand zusammenzuknüllen und — erledigt! — in den Papier- korb zu werfen.

Der zweite Redakteur hob räuspernd den Kopf: „Nichts Besonderes im Bericht?“

Sein Kollege paffte nur kurz in den Zigarettenrauch: „Nichts von Bedeutung.“

## Das Leben der Marie Szameitat

Von Josef Maria Frank

Copyright 1930 by „Der Bücher- kreis GmbH“, Berlin 1931

(Schluß) XLIII.

Jetzt löst sich jäh gerufen aus Maries wie erfroren gewesenen Gesicht dankbares Lächeln, nur wenige Sekunden sichtbar, aber alle im Zimmer stark berührend. Sie greift die Hand des Kom- missars. Der zieht schnell seine Hand fort, augenwinkt über die Schultern einem Wachbeamten und bringt selbst Marie zur Tür. Der Beamte führt Marie in ihre Zelle.

Wieder verschwimmen die Gedanken und löst sich die Klar- heit auf. Alles wird verzerrt und nebelhaft. Marie beginnt leise und eintönig vor sich hinzuwimmern. So kommt wieder diese furchtbare Leere, die nahenden Wahnsinn kündigt. Fast völlige Empfindungslosigkeit gegen Zuruf aus sich selbst wie auch gegen den wieder stärkeren Schmerz überfällt und hüllt wohl- tuend ein, dankbar empfangen.

Zwischendurch der trotzdem unternommene Versuch, nach- zudenken. Aber Marie versagt. Sie findet nur ein sonderbares Bild, seltsame Verknüpfung mit der vor Jahren damals erlebten Vision, in der sie sich selbst gesehen hat als Schiff, das hinaus- fährt und einholt und in die Speicher trägt, immer in die Speicher zu Hause trägt, damit immer Vorrat da ist und die Kinder davon nehmen und sich satt essen und leben können. Dieses Bild aufersteht wieder. Marie ist wieder dies Schiff. Aber das Schiff ist gestrandet und der Kiel ist gebrochen. Das Wasser dringt ein in das Schiff, das senkt sich zur Seite. Deut- lich fühlt Marie, wie es hineinströmt, immer mehr, immer mehr, boshaft bleckend und gurgelnd. Marie spürt förmlich die Schwere, die sich in ihr breit macht, immer schwerer und schwerer. Und Marie, stockender Herzschlag, fühlt, wie sie sinkt, sinkt, immer tiefer sinkt. Und kein Boden ist, der aufhält, endlos die Tiefe, die herrliche Tiefe.

Und plötzlich ist es Marie, als ob es so gut sei, beruhigend und wohlthuend, so zu sinken, tiefer, immer tiefer. Süße, rätsel- hafte Wollust, die alles andersgerichtete Denken ausschaltet, hat überfallen und ergriffen und hält fest, unentriambar fest.

Langsam erschlaffen die Muskeln in Maries grau gewordenem Gesicht, schlaff senken sich in ihm die Backen, die Poren treten grobkörnig hervor.

So sitzt Marie in der Ecke der Zelle und horcht in sich hinein, wie sie sinkt und immer tiefer sinkt, und stiert un- unterbrochen auf immer den gleichen nagelkopfgroßen roten Punkt in der Bohle zwischen den Füßen. Sitzt und stiert und horcht in sich hinein. In die Leere, in die das Wasser hinein- strömt, das Wasser, das immer schwerer wird und hinunter- zieht. Hinunter. Wohin?

So sitzt Marie in der Ecke, hört nicht, wie die Tür sich öffnet und die Fürsorgerin eintritt, die der Kommissar aufgesucht und

gebeten hat, Marie zu beruhigen, sie aus ihrer drohenden Er- starrung zu lösen.

Marie hört den Anruf nicht. Unschlüssig steht die Fürsorgerin vor ihr, klopft ihr schließlich weich auf die Schulter, rüttelt den in sich gesunkenen Körper Maries auf.

Marie blickt verloren und gleichgültig hoch. Das plötzliche Bild der Frau, die sichtlich ergriffen und mitleidend ist, über- rascht sie nicht, sagt ihr nichts. Marie scheint gefühllos und ohne Teilnahme. Sie schweigt, hört kaum die Worte, die ein- dringlich, stark und dann flehend Marie bestürmen.

„Hören Sie doch, Sie müssen sich aufrütteln! Hören Sie mich doch! Ich bin kein Kommissar, ich bin Fürsorgerin, Ihre Freundin, Ihre Schwester. Hören Sie mich?“

Marie blickt ins Leere. Sucht. Dann spricht sie abgehakt und fast tonlos.

„Schwester? — Ich hab keine Schwester. Oder doch. Warten Sie. Ja Aber das sind Sie nicht.“ Und schweigt wieder.

Die Frau vor ihr sieht fast hilflos auf, beißt auf die Zähne, spielt mit nervös zuckenden Fingern.

„Begreifen Sie doch! Sie haben viele Schwestern, hören Sie. Viele, die das durchgemacht haben. Aber auch viele, die Ihnen helfen werden, wie Sie anderen geholfen haben. Bevor es soweit war und nachher. Warum sind Sie nicht zu denen gegangen? Wußten Sie nichts von ihnen? Sie dürfen nicht verzweifeln. Alles ist nicht so schlimm, wie Sie es sehen. Ich werde Ihnen helfen, der Kommissar wird Ihnen helfen, andere Menschen werden Ihnen helfen, hören Sie doch, Sie werden bestimmt freigesprochen werden. Oder nur eine kleine Strafe und Be- währungsfrist bekommen. Und dann wird alles wieder gut sein, hören Sie —?“

Marie blickt auf den Boden. Da ist der rote Punkt. Marie stiert ihn an und kann nicht fort von ihm. Sie scheint in den Punkt hineinzulauschen, ihm zu wiederholen, was er in sie hineinspricht.

„Nichts wird wieder gut. Ich komme ins Zuchthaus, ja, sie hat mich gewarnt. Ich komme ins Zuchthaus.“

Die Fürsorgerin rüttelt Maries Schultern. Doch Marie hört auf alles Rütteln nicht und auch nicht auf die Worte, die be- schwörend in sie hineindringen wollen und keinen Einlaß finden.

„Wer hat Ihnen gesagt, daß Sie ins Zuchthaus kommen? Das ist ja Unsinn, hören Sie? Ich weiß alles über Sie, der Kommissar hat mir erzählt, wer Sie sind. Sie werden nicht zugrunde gehen. Sie sind zu gut dafür. Sie werden tapfer sein, wie Sie es waren, und alles überwinden, alles vergessen, hören Sie, alles vergessen, Marie?“



# Verbandsleben



## Das Wirtschaftsgeld

Müde tritt er ein. Unde müde  
Schiebt er mir die Groschen her. —  
Könnte ich nur tröstlich lächeln!  
Doch es geht ja fast nicht mehr . . .

Eher möchte ich wohl weinen,  
Seh' ich die zerschundene Hand,  
Die für — wieviel tausend — Griffe  
Diesen Hungerpfennig fand.

Heute — morgen — übermorgen —  
Länger reicht das Geld nicht aus.  
Und dann schlürft die alte sture  
Sorge wieder durch das Haus.

Morgens, mittags, abends nichts wie  
Billigstes Kartoffelmahl!  
Unsre Bäuche schwellen an und  
Unsre Wangen bleiben schmal.

Ewig Armeleutesuppen!  
Alle Zuversicht zerschellt.  
Immer müder schiebt des Mannes  
Hand mir zu das Wirtschaftsgeld . . .

Hannah Süd.

## Die Metallarbeiter-Zeitung als Bindeglied

Aus Penigi Sa. wird uns im Auftrage der dortigen Ortsverwaltung geschrieben:

Es gibt wohl kein besseres Bindeglied für eine Organisation als ihre Presse. Daß dies auch in unserm Verband erkannt wird, zeigt ja die vortreffliche Ausgestaltung der Metallarbeiter-Zeitung, die dem Mitglied auf allen Gebieten Aufklärung bringt. Zweck dieser Zeilen soll nun sein, einmal zu untersuchen, ob die Metallarbeiter-Zeitung ihren Zweck als Bindeglied auch dem erwerbslosen Kollegen gegenüber erfüllt. Ich will vorausschicken, daß die nachfolgenden Zeilen auf die Bedürfnisse in einer ländlichen Gegend zugeschnitten sind, wo es dem erwerbslosen Mitglied nicht möglich ist, ohne große Kosten ins Theater zu gehen oder sich sonst geistig zu zerstreuen. Wenn ich nun untersuche, ob sich die Metallarbeiter-Zeitung als Bindeglied zwischen Organisation und erwerbslosem Mitglied bewährt, so haben wir in unserer Ortsverwaltung festgestellt, daß dieser Zweck in den letzten Monaten durch den Abdruck der Schilderung: „Das Leben der Marie Szameitat“ sehr gut erfüllt worden ist.

Alle unsere Unterkassierer berichten uns, das vor allem die Frauen unserer Kollegen dauernd fragen, ob wieder so ein Roman zum Abdruck kommt, und sie berichten uns weiter, daß sie jetzt beim Kassieren, weil die Mitglieder die Zeitung haben wollen — auch die schon lange ausgesteuerten Kollegen, denen es wirklich sehr schwer fällt, alle Wochen 40 Pf. Beitrag zu zahlen —, viel leichter der Organisation erhalten werden können als sonst. Zweck dieser Zeilen soll aber weiter sein, einmal festzustellen, ob noch mehr Verwaltungsstellen solche Erfahrungen gemacht haben. Vor allem soll erreicht werden, daß bei einer womöglich nochmals notwendigen Einschränkung der Metallarbeiter-Zeitung der Teil „Familie und Heim“ nicht in Wegfall kommt. Nun als letzter Wunsch: wieder einen dem letzten gleichwertigen Roman zum Abdruck bringen!

Nachbemerkung der Schriftleitung: Wir sind erst nach reiflicher Überlegung zum Abdruck eines Romans geschritten. Unsere Bedenken bestanden vor allem darin: Ein Wochenblatt, zwischen dessen Ausgaben immer sieben Tage liegen, eignet sich nicht für eine fortlaufende Geschichte. Zum andern werden sich die Mitglieder, die den Ausbau der MZ nach einer andern Richtung als nach der Unterhaltung hin verlangen, gegen den Abdruck eines Romans wenden. Die Bedenken wurden aber schließlich überwunden von der Notwendigkeit, daß ein Gewerkschaftsblatt, will es seinen Zweck ganz erfüllen, unbedingt auf den Familienkreis der Mitglieder kommen muß.

Das Gewerkschaftsblatt muß auch für die Frauen und Kinder der Kollegen anziehend, fesselnd gemacht werden, soll unsere Werbearbeit nicht ewig elendes Stückwerk bleiben. Der Inhalt des Blattes muß zunächst einmal so gestaltet werden, daß es ständig monatelang, die Frauen und Kinder (und natürlich auch den Herrn der Schöpfung) stark anzieht, damit diese neuen Leser, die der Gewerkschafts Sache doch fernere als die Männer stehen, auf das Blatt warten. Das aber läßt sich am besten durch eine fortlaufende Geschichte, durch einen Roman erreichen. Freilich nicht einen Roman schlechthin, sondern einen, der tief in das proletarische Leben eingreift. Daher die Wahl des „Lebens der Marie Szameitat“.

Unsre Besorgnis, daß wir mit dem Romanabdruck und mit diesem Roman nicht die gewollte Wirkung für unsere Zeitung und ihre Sache erzielen würden, wurde bald zerstreut, und das mit aller Gründlichkeit, die alle Erwartung übertraf. Die Frauen unserer Kollegen zeigten sich über diesen Ausbau der Unterhaltungsseite hocherfreut, und unsere Beitragskassierer hatten noch Erfreulicheres zu berichten. Wenn unsere organisierten Kolleginnen beisammen waren, kam es oft zu einem einhelligen Ausdruck der Genugtuung über diesen Ausbau ihrer Zeitung.

Es hat freilich auch nicht an Mißbehagen über den Roman gefehlt. Ein paar Kollegen schrieben uns, daß man ihre Freude an der Zeitung darin sei, weil sie sie wegen des Roman nicht mehr ihren Frauen geben könnten. Ein christlicher Kollege gab sein Mißbehagen gar in unparlamentarischen Ausdrücken wieder. Aber die paar Küken verschwinden neben der überwältigend hohen Zahl von Zustimmungen. Durch die überaus gute Erfahrung mit dem ersten Roman können wir nicht anders, demächst mit einem andern zu beginnen. Hoffentlich finden wir dazu ebenfalls so viele und so freudige Zustimmung.

## Zu unser aller Nutzen

Ein reisender Kollege schreibt:

Die allgemeine Krise der Arbeitslosigkeit treibt viele Kollegen hinaus auf die Landstraße. Dies bringt es mit sich, daß jene Kollegen mehr als sonst mit Verbandsstellen in Berührung kommen. Alle diese Kollegen sind sehr auf die Lokalunterstützung der einzelnen Zahlstellen angewiesen, denn nur durch sie können sie sich einigermaßen vor dem Schlimmsten bewahren. Betrachtet man unter diesen Umständen die Opfer,

die von den einzelnen Zahlstellen gebracht werden, so kann man sich nur lobend aussprechen. In der heutigen Zeit, wo jeder Ort selbst schwer unter der Arbeitslosigkeit seiner Mitgliedschaft zu leiden hat, bedeutet es ein erhöhtes Opfer, das man für die wandernden Kollegen aufbringt. Es soll daher auch kein Wort der Kritik und Mißbilligung fallen.

Das, was zu wünschen ist, ist ein besseres kollegiales Benehmen der wandernden wie auszahlenden Kollegen, die mitunter abstoßende Umgangsformen pflegen. Gar oft konnte ich Zeuge von Auftritten sein, die nichts von Gemeinschaftsgeist verspüren lassen. Darum ein ernstes Wort den wandernden Kollegen, die, es ist richtig, durch ihre außerordentlich trostlose Lage wohl verstimmt sein können. Dies aber dürfen sie natürlich nicht an den Angestellten des Verbandes auslassen. Es zeugt von schlechter Gesinnung, wenn gleich, wo in einem Orte die Lokalunterstützung eingestellt werden muß, über die „wohllebenden Bonzen“ geschimpft wird, die für Tüppelbrüder nichts übrig hätten. Also, wandernde Kollegen, die ihr die Lokalunterstützung der Ortsgruppen in Empfang nimmt, denkt immer daran, daß ein statutarisches Recht auf diese Unterstützung nicht besteht und daß ihr die Schwere der Zeit und eures Loses nicht an den Verbandsfunktionären auslassen dürft.

Nun ein Wort an die Unterstützungszahler. Von ihnen muß vor allem verlangt werden, daß sie sich ihres Gemeinschaftsgeistes und Vorbildes bewußt sind, denn gar zu oft sind unüberlegte und harte Worte der Grund ärgster Verstimmung und Anfeindung wandernder Kollegen. Wie oft konnte ich es erleben, daß man mich aus dem Sprechzimmer verwies, weil die Zeit der Sprechstunde fünf Minuten zu früh oder zu spät war. Wie oft konnte ich sprechen hören: „Wir haben selbst nichts, siehe zu, wo du etwas bekommst“, oder: „Ihr habt ein Leben — ihr seid zu beneiden!“ Solche Rede zeugt nicht gerade von dem, was in dieser schweren Zeit besonders vonnöten ist, nämlich soziales Verständnis. Wenn eben wirklich keine Unterstützungsmittel mehr vorhanden sind, so läßt sich das auch in kollegialer Weise sagen. Mancher peinliche Auftritt würde dadurch vermieden zu unser aller Nutzen.

R. F.

## Betriebsräte — Arbeitszeitversäumnis

Der Kläger R. ist als Former in der Gießerei der beklagten Firma S. in Leipzig beschäftigt. Er ist Mitglied der Betriebsvertretung. Infolge seiner Tätigkeit in der Betriebsvertretung hat er in der Woche vom 15. bis 20. Dezember 1930 22½ Stunden versäumt. Nach § 9 des Sonderabkommens für die Gießereien in der Leipziger Metallindustrie erhalten die in den Gießereien beschäftigten Arbeiter für jede Arbeitsstunde einen Sonderzuschlag von 8 vH des Grundlohns der gelehrten Arbeiter der ältesten Klasse. Der Kläger verlangt diese Gießereizulage in Höhe von 1,69 M für die von ihm versäumten 22½ Arbeitsstunden.

Die beklagte Firma erwidert, die Gießereizulage sei nicht Lohn, sondern nur ein Ersatz für die Aufwendungen an erhöhtem Kleiderverschleiß, Getränkeverbrauch und an erhöhter Gesundheitsschädigung, die mit der Arbeit in Gießereien verbunden seien.

Das Landesarbeitsgericht in Leipzig hat der Klage stattgegeben. Die Gießereizulage sei ein Teil der Entlohnung des Klägers. Der § 35 des BRG bestimme, daß ein Betriebsratsmitglied durch die notwendige Versäumnis von Arbeitszeit keine Minderung seiner Entlohnung erleiden dürfe. Gegen dieses Urteil kämpfte die Beklagte sowie der Verband der Metallindustriellen mit der Revision an. Sie verlangten Abänderung des vorinstanzlichen Urteils und eine grundsätzliche Entscheidung in dieser Frage.

Das Reichsarbeitsgericht kam zur Zurückweisung der Revision und legte der Beklagten die nicht unerheblichen Kosten des Rechtsstreits auf. Ein Betriebsratsmitglied darf nach § 35 des BRG bei versäumter Arbeitszeit nicht schlechter entlohnt werden als die anderen Arbeiter. Der Kläger hat infolge seiner Betriebsrats Tätigkeit mehrere Lohnstunden und die dazugehörige Zulage eingebüßt. Die Beklagte war deshalb verpflichtet, dem Kläger die Zulage zu gewähren, weil die Arbeitsstundenversäumnis im Rahmen seiner Betriebsrats Tätigkeit erfolgt sei. (RAG 240/1931.)

## Betriebsräte in Spanien

Der spanische Arbeitsminister hat der Nationalversammlung den Entwurf eines Gesetzes über das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in den gewerblichen Betrieben vorgelegt. Das Gesetz ähnelt in vielen Dingen dem deutschen Betriebsrätegesetz. So ist die Wahl der Betriebsausschüsse obligatorisch. Wie im deutschen Gesetz ist der Betriebsrat in mehr oder weniger großem Umfang ein Hilfsorgan der Gewerkschaften. Er hat unter anderem über die Durchführung der von den Gewerkschaften abgeschlossenen Tarifverträge zu wachen.

Der Gesetzentwurf geht teilweise weiter als das deutsche Gesetz. Er sieht vor, daß der Betriebsrat alle drei Monate einen Tätigkeitsbericht an seine Gewerkschaft sendet. Weiter haben diese Betriebsausschüsse die Aufgabe, für die Durchführung der sozialpolitischen Gesetze im Betrieb zu sorgen, an der Aufstellung der Arbeitsordnung mitzuwirken und die Bilanzen usw. zu prüfen. Sie sollen ferner bei der Einstellung und Entlassung der Arbeiter gehört werden. Zu ihren betrieblichen Aufgaben gehört auch die Mitarbeit hinsichtlich der Betriebsorganisation und die Beobachtung der Schwankungen zwischen Produktion und Lohn. Die Förderung der körperlichen und geistigen Wohlfahrt der Arbeiter, des allgemeinen und beruflichen Bildungswesens und der Lehrlingsfragen gehört ebenfalls in ihren Aufgabenkreis. Sie sollen sich unter Wahrung des Betriebsgeheimnisses um die Frage des Einkaufes und der Preise für Rohstoffe, die Betriebsverwaltung, die Finanzwirtschaft (Dividende und Lohn) usw. kümmern. Wenn der Unternehmer zum Beispiel auf Grund der Wirtschaftskrise Entlassungen vornehmen will, muß er den Betriebsausschuß vorher davon unterrichten, damit dieser Vorschläge machen kann, wie die Entlassungen vermieden werden können, z. B. durch Verkürzung der Arbeitszeit usw. Auch die etwa vom Unternehmer beabsichtigte Verhängung einer Ordnungsstrafe muß dem Betriebsausschuß unter Angabe der Gründe mitgeteilt werden. Dieses Gesetz bedeutet einen weiteren Sieg des kollektiven Arbeitsrechts in der Welt.

In seiner Begründung sagt der sozialistische Arbeitsminister Genoveo Caballero ausdrücklich, es gehe nicht, die Arbeiter aus rein menschlichen Gründen ins Betrieb zu schützen, man müsse ihnen im Rahmen ihrer Organisation das Recht der Mitbestimmung im Betriebe auf gesetzlichem Wege sichern. Wie wir zuverlässig erfahren, dürfte der Entwurf demnächst in seiner vorliegenden Form vom Parlament angenommen werden.

## Vom Vorstand

Telegrammanschrift: Metallvorstand Berlin  
Fernsprecher: Dönhoff 6750 — 6753

Mit Sonntag, dem 7. Februar, ist der 7. Wochenbeirat für die Zeit vom 7. bis 18. Februar 1932 fällig.

Häufig werden Anfragen oder Beschwerden einzelner Mitglieder an den Vorstand gerichtet über Angelegenheiten, die ihr Erledigung leicht durch die zuständige Ortsverwaltung finden können. Meistens ist diesen Zuschriften ein Ausweis über die Mitgliedschaft nicht beigefügt, der unbedingt erforderlich ist, wenn auf eine Beantwortung gerechnet wird. Die Mitglieder sollen sich stets zunächst an die Ortsverwaltung wenden.

## Zur Beachtung für reisende Mitglieder

Reisende Mitglieder können nur in dem im Adressenverzeichnis mit + bezeichneten Verwaltungsstellen Reisegeld erheben. Das Aufsuchen der Bevollmächtigten, Kassierer und Vertrauensmänner in den Wohnungen oder Arbeitsstellen durch die Reisenden hat zu unterbleiben.

Ein statutarisches Recht auf Empfang von Lokalgeschenken besteht nicht. Die Auszahlung von Lokalgeschenken durch die Verwaltungsstellen ist freiwillig und nur soweit möglich, als lokale Mittel vorhanden sind. In allen Verwaltungsstellen, wo im Adressenverzeichnis vermerkt ist: „Lokalgeschenk wird nicht bezahlt“, ist das Aufsuchen des Kassierers, weil zwecklos, zu unterlassen.

## Gestohlen wurde:

Mitgliedsbuch Nr. 6 193 999, lautend auf den Maschinenarbeiter Albert Stratmann, geb. am 13. April 1901 zu Niederbecken. (Oeynhausen.)

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

Der Verbandsvorstand

## Paul Weh Jubilar

Im Februar jährt sich zum 25. Male der Tag, an dem Paul Weh in Düsseldorf in den Dienst des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes trat. Zuerst versah er das undankbare Amt eines Beitragssammlers. Dabei lernte er die Nöte, Sorgen und Schwierigkeiten der Organisation und seiner Mitglieder gründlich kennen. In der Folgezeit wirkte er als Büroangestellter, amte dann als Geschäftsführer in Oberhausen, am später der Verwaltungsstelle Köln seine Kraft als Bevollmächtigter zu widmen. Der Jubilar, der heute im 54. Lebensjahr steht, ist in Noes geboren. Er erlernte das Schmiedehandwerk und vervollständigte sein Berufskönnen auf einer zünftigen Walze. 1897 verschlug ihn auch der Wind nach Stuttgart. Hier lernte er den Deutschen Metallarbeiter-Verband kennen und wurde sein Mitglied. Der Gewerkschaftsgedanke fiel bei ihm auf fruchtbaren Boden und er trug ihn weiter. In Düsseldorf begann dann sein erfolgreiches Wirken für unseren Verband. Wir wünschen unserem Kollegen Paul Weh Kraft und Gesundheit für weiteres erfolgreiches Wirken zum Nutzen der arbeitenden Klasse.

## Jubilarfeiern

Die Jubilarfeier der Verwaltungsstelle Kiel fand im großen Saal des Gewerkschaftshauses statt und war mit einer Feier des vierzigjährigen Bestehens des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes verbunden. 315 Kollegen, die eine 25jährige Mitgliedschaft haben, wurde das Ehrendiplom überreicht. Unserer Verwaltungsstelle gehören noch 21 Kollegen an, die seit Gründung unserer Verwaltungsstelle Mitglied sind. Diesen Mitbegründern wurde für ihre 40jährige Mitgliedschaft eine besondere Ehre zuteil. Das Festprogramm wurde von dem Mandolinen- und Lautenorchester Freiklang und dem Kieler Männerchor 1883 ausgeführt. Die Festansprache hielt Kollege Leopold. Eingehend schilderte er das Werden und Wirken unseres Verbandes. Er stellte fest, daß in den vierzig Jahren der Deutsche Metallarbeiter-Verband in Sturm- und Krisenzeit getreulich seine Pflicht erfüllt und für die Rechte der Mitglieder gekämpft hat. Der Redner erinnerte an das Wort des langjährigen Vorsitzenden Alexander Schlicke, der auf einem Verbandstag sagte: „Was hat unseren Verband groß und stark gemacht? Nicht die großen Versammlungen, nicht die glänzenden Referate, nicht die Leitartikel und Broschüren, auch nicht die Wanderredner, die von Ort zu Ort zogen; groß und stark gemacht hat unseren Verband nur die Überzeugungstreue des einzelnen. Das Wort, das der Kollege zum Kollegen sprach an Schraubstock und Drehbank, wirkte mehr als alles andere.“ In diesem Sinne haben unsere Jubilare gearbeitet. Dafür sagen wir ihnen heute unseren Dank. Auch der Metallarbeiterfrauen gedachte er, die in den härtesten Zeiten treu an der Seite ihrer Männer für Lohn- und Arbeitsrecht kämpften. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Deutschen Metallarbeiter-Verband wurde der feierliche Teil geschlossen. Ein Festball hielt die Kollegenschaft noch lange beisammen.

In einer schlichten und eindrucksvollen Feierstunde konnten weit über 200 Mitglieder — darunter zwei Frauen —, die 25 Jahre und länger dem Verband angehören, als Jubilare der Verwaltungsstelle Rathenow geehrt werden. Der Gedanke der Solidarität, der diese treuen Kämpfer Jahrzehnte hindurch fest und treu zusammenstehen ließ, kam in der Feststimmung wirkungsvoll zur Geltung. Die musikalische Umrahmung der Veranstaltung hatte das Orchester des Volkschors „Vorwärts“ übernommen, den gesanglichen Teil die „Liederfreunde“. Walter Altenkirch las aus Arbeiterdichtungen. Die Begrüßungsworte sprach Geschäftsführer Paul Lehmann. In der Festansprache, die Kollege Otto Handke, Berlin, hielt, überbrachte er die Grüße des Vorstandes und gab dem Wunsche Ausdruck, daß diese Feierstunde dazu beitragen möge, dem Gedanken der gewerkschaftlichen Organisation neuen Auftrieb zu geben. Er dankte den alten Kollegen für ihre segensreiche Verbandsarbeit und stattete auch den Frauen den Dank ab, die in allen schweren Zeiten treu an der Seite ihrer Männer ausgehalten haben. Dann entrollte der Redner ein Bild der gegenwärtigen schweren politischen und wirtschaftlichen Lage. Die Feier nahm einen harmonischen Verlauf.

„Die Büchergilde“. Das Januar-Heft dieser Monatsschrift liegt jetzt vor. In diesem Heft kündigt die Büchergilde drei Neuerscheinungen für das I. Quartal 1932 an, und zwar den China-Roman „Schanghai“ von Alymow, die „Proletariennovellen“ von Martin Andersen Nexø und „Geschlecht und Liebe“, das bedeutendste Buch von Dr. Max Hodann. Die Mitglieder der Büchergilde Gutenberg erhalten die Monatsschrift regelmäßig und kostenlos.

Brief aus der Schweiz

# Die Arbeitslosigkeit in der Metall- und Uhrenindustrie

P. B. Seit einigen Jahren schon leiden gewisse Industriezweige unseres Landes unter heftigen Krisenerscheinungen. Mögen da oder dort ganz besondere Gründe zu den allgemeinen Krisenursachen hinzutreten, wie die Mode bei den Schmuckindustrien, so sind doch im allgemeinen für die Metall- und Uhrenindustrie die weltwirtschaftlichen Verhältnisse maßgebend für den steten Rückgang der Beschäftigung.

Sowohl die Metall- wie die Uhrenindustrie sind ausgesprochene Exportindustrien. Die kleine Absatzmöglichkeit im Inland steht in keinem Verhältnis zu der Produktionsfähigkeit dieser Industriegruppen. Damit sollen die Bestellungen, die der Schweizer Maschinenindustrie durch die Elektrifizierung der Bundesbahnen zugekommen sind, keineswegs als bedeutungslos hingestellt werden. Sie stehen aber in keinem Verhältnis zu den Auslandsaufträgen normaler Zeiten.

Nachdem sich die Wirtschaftslage im Ausland von Tag zu Tag verschlechtert und auch heute noch weiterhin an Intensität zunimmt, war es klar, daß für die Metall- und Uhrenindustrie trübe Zeiten kommen mußten. Während die Uhrenindustrie ganz besonders unter den Zollmaßnahmen der Vereinigten Staaten und Englands zu leiden hat, haben die Maschinenindustriellen selber mächtige Konkurrenten im Ausland. Dies trifft in jüngster Zeit allerdings immer mehr auch für die Uhrenindustrie zu. Stark entwickelte Uhrenindustrien besitzen heute Deutschland, die Vereinigten Staaten und Japan. Ganz besonders stark ist die Uhrenschalenindustrie in Deutschland entwickelt, vermochte sie doch von 1925 bis 1930 bereits 1 700 000 Uhrenschalen in die Schweiz einzuführen.

Aber nicht nur die Schalenindustrie ist stark ins Ausland abgewandert, sondern auch andere Zweige der Uhrenbranche. Sehr oft werden von den schweizerischen Fabriken nur die wichtigsten Bestandteile der Werke geliefert. Die Zusammensetzung und Fertigstellung der Uhr geschieht sodann im Ausland. Zölle, ausländische Konkurrenz, Währungsschwierigkeiten und schwindende Kaufkraft sind also die Hauptursachen der Krise in der Uhrenindustrie. Die Arbeitslosigkeit in dieser Industrie ist heute so groß, daß 70 bis 80 vH der dort beschäftigten Verbandsmitglieder teilweise oder ganz arbeitslos sind. Die Uhrenindustrie ist auf ganz bestimmte, umgrenzte Gegenden unseres Landes beschränkt. So leiden ganze Dörfer seit Jahren unter der Beschäftigungslosigkeit und reißen so die übrigen Gewerbe mit in den Strudel.

Über die Zahl der in der Metall- und Uhrenindustrie Beschäftigten gibt die Fabrikstatistik Aufschluß. Nach ihr wurden im Jahre 1930 1077 Fabriken gezählt, die zusammen 41 784 Personen beschäftigten. Dazu kommen noch etwa 10 000 Personen, die in kleinen Betrieben arbeiten, die nicht dem Fabrikgesetz unterstellt sind. Man kann also sagen, daß rund 50 000 Leute in der Uhrenindustrie ihr Auskommen fanden.

Die Metall- und Maschinenindustrie weist laut Fabrikstatistik 1553 Betriebe mit 112 271 Beschäftigten einschließlich Angestellte, Chefs usw. auf. Diese Zahlen beziehen sich ebenfalls auf das Jahr 1930. Sie haben seither keine wesentliche Änderung erfahren. Das Kleingewerbe ist hier ebenfalls nicht inbegriffen. Es spielt bei unserer Betrachtung eine untergeordnete Rolle, weil es von der Arbeitslosigkeit fast nicht oder nur saisonmäßig betroffen ist.

Ein genaues Bild über den Umfang der Arbeitslosigkeit ist schwer zu geben. Gewöhnlich nimmt man die Zahl der bei den Arbeitsämtern eingeschriebenen Stellensuchenden als Grundlage, ohne dabei zu bedenken, daß dies nur die Ganzarbeitslosen sind. Die Teilarbeitslosigkeit kann unter Umständen ebenso schlimm sein für eine Arbeiterfamilie, wie die Ganzarbeitslosigkeit, namentlich wenn sie lange dauert. Dies ist ganz besonders der Fall in der Uhrenindustrie. Am 31. Oktober 1931 zählte das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit 9031 ganzarbeitslose Uhrenarbeiter und 4455 Metallarbeiter. Bei der Zählung, die der Schweizer Metallarbeiter-Verband selber jeden Monat vornimmt, ergab sich am 31. Oktober 1931 eine Zahl von 4017 Unterstützung beziehenden Ganzarbeitslosen und 15 693 Teilarbeitslosen. Die Ausgesteuerten, die bei dieser Stichtagzählung rund 3000 ausmachen, sind hier nicht mitgezählt. Ebenso sind diejenigen Teilarbeitslosen nicht erfaßt, die nicht unterstützungsberechtigt sind, weil sie die gesetzliche Norm an Ausfallzeit noch nicht erreicht haben. Am 30. November 1931 stieg die Zahl der am Stichtag gezählten unterstützten Ganzarbeitslosen auf 5443 und 17 869 Teilarbeitslosen. Von letzterer Zahl entfallen allein 10 355 auf die Uhrenindustrie. In Prozenten ausgedrückt bezogen am 31. Oktober 1931 rund 70 vH Verbandsmitglieder der Uhrenindustrie und rund 21 vH der Metall- und Maschinenindustrie vom Verband Arbeitslosenunterstützung.

Einen weiteren Maßstab für das Zunehmen der Arbeitslosigkeit bilden die ausbezahlten Beträge. Der Metallarbeiterverband verfolgte in den letzten Jahren folgende Summen für die Arbeitslosenunterstützung:

	Fr.	Total-Mitgliederzahl
1926 . . . . .	1 039 318,66	41 925
1928 . . . . .	857 088,39	50 164
1930 . . . . .	7 154 310,08	61 126
1931 . . . . .	über 16 000 000.—	61 200

Im Jahre 1932 muß mit einer Ausgabesumme von rund 25 Millionen Franken an Arbeitslosenunterstützung gerechnet werden.

Wie werden nun die Mittel für diese gewaltigen Ausgaben aufgebracht? Da sind einmal die Beiträge der Mitglieder. Sie schwanken heute zwischen 60 Cts. und 2,10 Fr. die Woche je nach Verdienstklasse. Die Beiträge

sind also abgestuft. Zu den Beiträgen der Mitglieder kommen die Beihilfen vom Bund, den Kantonen und den Gemeinden. Ohne die Arbeitslosenversicherung würde heute der Armenetat verschiedener Gemeinden so belastet, daß sie zusammenbrechen müßten.

Was die Leistungen der Kasse an die einzelnen Mitglieder anbetrifft, sind diese ganz beträchtlich. Einmal wird gemäß Bundesgesetz über die Beitragsleistung an die Arbeitslosen-Versicherungskassen vom Verband aus die Höchstleistung gewährt. Diese beträgt für Ganzarbeitslose 60 vH des ausfallenden Lohnes bei Verheirateten und Unterstützungspflichtigen und 50 vH bei Ledigen. Die Bezugsberechtigung beginnt nach Bezahlung von 26 Wochenbeiträgen. Die Bezugsdauer richtet sich nach den vom Gesetz gestatteten Höchstleistungen und beträgt also normalerweise 90 Tage.

Es zeigte sich bald, daß in einer so heftigen Krise, wie sie jetzt unser Land heimsucht, mit 90 Tagen nicht auszukommen war. So wurde denn auf Gesuch hin für die Uhrenarbeiter die Bezugsdauer auf 120, 150 und 180 Tage

verlängert. Eine Verlängerung wurde später auch für schwer betroffene Gegenden der Metall- und Maschinenindustrie bewilligt. Die Verlängerung geht hier durchweg auf 120 Tage. Nur beim Kanton Zürich ging sie 1931 bis auf 150 Tage.

Eine Unterstützung wird ebenfalls gezahlt für die Teilarbeitslosigkeit, wenn sie eine gewisse Norm überschreitet. Die Unterstützung bei teilweiser Arbeitslosigkeit wird zum Beispiel gezahlt bei einer Lohneinbuße von mehr als 20 vH oder 20 Arbeitsstunden, für Ledige bei einer Lohneinbuße von mehr als 30 vH oder 29 Arbeitsstunden. Die Unterstützung darf zusammen mit dem verbleibenden Verdienst 80 vH, für Ledige 70 vH des normalen Verdienstes nicht übersteigen. Mitglieder, die keine verlängerte Bezugsdauer bewilligt erhalten haben, dürfen innerhalb drei Jahren für 270 Tage Unterstützung beziehen, im darauffolgenden Jahr noch 45 Tage, so daß der Maximalbezug innerhalb vier Kalenderjahren 315 Tagelöhner beträgt.

Leider zeigen sich die Aussichten in die nächste Zukunft durchaus nicht günstig. Wenn auch ein Vergleich mit der Notlage des Auslandes nicht möglich ist, so sind die Folgen der Weltkrise für unsere Exportindustrien doch schlimm genug. Die Krisenwirkungen treten in der Schweiz etwas später in Erscheinung — nur etwas später, aber entgegen tun wir ihnen nicht. Es ist wohl so, daß der Kapitalismus mit seinen bisherigen Methoden und Mitteln kaum mehr in der Lage sein wird, seinen gesetzmäßigen Zerfall zu verhindern. Wenn ihm noch die Schaffung einer Galgenfrist gelingt, so ist das alles.

## Fehler des Systems

J. B. Es ist verständlich, daß die Frage in unvermindertem Maße alle Volkswirtschaftler beschäftigt, ob wir es bei der gegenwärtigen Krise mit einer, wenn auch sehr scharf auftretenden Konjunkturkrise oder aber mit einer Krise der ganzen gegenwärtigen Wirtschaftsordnung zu tun haben. Handelt es sich um eine außerordentlich lange und schwere Konjunkturkrise, so besteht doch die Hoffnung, daß wir sie zu dieser oder jener Zeit überwinden. Handelt es sich aber um eine Krise der Wirtschaftsordnung, dann ist sie im Rahmen dieser Ordnung einfach unlösbar.

Einen beachtenswerten Beitrag zu dieser Frage liefert in der „Wirtschaftskurve“ der Frankfurter Zeitung Dr. Annegret Schüttler. Die Verfasserin stellt sich zur Aufgabe, zu untersuchen, „ob sich aus der Anwendung der Mittel und der Gesetzmäßigkeit in der Erfüllung der kapitalistischen Produktionsaufgaben sowie der zu ihrer Durchführung nötigen Mittel eine Notwendigkeit ergibt, daß Arbeitslosigkeit entstehen muß“. Ihre Untersuchung leitet sie mit der Feststellung ein, daß in der gegenwärtigen Wirtschaft ganz überwiegend das Profitstreben der Motor des Wirtschaftens sei. Der Weg dazu ist heute die Rationalisierung, das Mittel selbst aber so alt wie die kapitalistische Wirtschaft. Es äußerte sich immer am wirksamsten in einer Verringerung des Lohnanteils am Produkt zugunsten des sogenannten stehenden Kapitals. Das hat auch bisher schon in jedem Falle Freisetzung von Arbeitskräften bedeutet, wodurch eben die „normalen“ Krisen entstanden, die wir aus der Zeit vor dem Kriege kennen. Die Wirtschaft selbst hat aber früher immer gegenüber diesem Prozeß ausgleichende Kräfte hervorgebracht, indem mit der Steigerung der Produktion auch der Bedarf gestiegen ist, so daß nach einiger Zeit trotz technisch gesteigerter Produktion eine weitere Vergrößerung des Produktionsapparates, damit Neueinstellung von Arbeitskräften nötig wurde, um den Bedarf zu decken.

Die Rationalisierung der Nachkriegszeit vermag aber diese ausgleichenden Kräfte nicht mehr hervorzubringen und es hat sich sogar gezeigt, daß trotz aller technischen Verbesserungen im Jahre 1931 der Produktionsumfang geringer war als 1913, daß also volle 18 Jahre weltwirtschaftlicher Entwicklung nicht nur keinen Fortschritt, sondern sogar einen Rückschritt gebracht haben. Während sich bis 1913 der Umfang der Weltproduktion in 20 Jahren durchschnittlich verdoppelte, ist in der bisher hinter uns liegenden Nachkriegszeit eine absolute Senkung zu verzeichnen. Die Entwicklung der Eisen- und Stahlproduktion wird uns das am besten erweisen:

	Roheisen	Rohstahl
	Produktion in Millionen	Tonnen
1860 . . . . .	7	—
1880 . . . . .	18	4
1900 . . . . .	40	28
1913 . . . . .	79	77
1920 . . . . .	68	72
1931 (ungefähr) . . . . .	58	75

Der Welthandelsumsatz, der 1860 erst 5 Milliarden Dollar betrug, 1880 auf 15,2 Milliarden und 1913 auf 37,9 Milliarden Dollar gestiegen war, ist 1931 auf 30,4 Milliarden (schätzungsweise) gesunken — das alles trotz gewaltigster Steigerungen der Kopfleistung des Arbeiters in den einzelnen Industriezweigen.

An Hand der Zahlen aus dem deutschen Enquetebericht stellt Annegret Schüttler zum Beispiel fest, daß im deutschen Steinkohlenbergbau von 1925 bis 1928 die Produktion um 23 vH gestiegen, die Zahl der beschäftigten Arbeiter aber um 8 vH gesunken ist. Im Braunkohlenbergbau gelang es mit Hilfe umfangreicher Mechanisierungen, sogar die Erzeugung um 25 vH zu heben und gleichzeitig die Zahl der Beschäftigten um 10,2 vH zu senken. In der gesamten Eisenindustrie (Hochofen-, Stahl- und Walzwerke zusammengenommen) ergibt sich von 1913 bis 1929 eine Produktionssteigerung von 34,7 auf 42,1 Millionen Tonnen, dagegen eine Senkung der Zahl der Beschäftigten von 153 000 auf 144 000. In der deutschen Papierindustrie ist, 1928 gleich 100 genommen, die Zahl der Beschäftigten bis 1930 auf 80,4 vH gesunken, die Erzeugung dagegen nur auf 96,8 vH.

In fast allen Industriezweigen vermerken wir also eine andauernde Produktionssteigerung, verbunden mit einem ebenso andauernden Freisetzen von Arbeitskräften infolge der steigenden Mechanisierung. Je ausgebauter aber diese ist, desto größer der Spielraum für eine Erhöhung

der Produktion, ohne daß neue Arbeitskräfte eingestellt werden müßten, so im Hüttenbetrieb und auch in der Webindustrie. Die fortschreitende Mechanisierung bewirkt also automatisch eine stetig steigende Arbeitslosigkeit, ohne daß die Hoffnung bestünde, bei gebesserter Konjunktur erheblich mehr Arbeitskräfte wieder unterzubringen.

Diese Entwicklung wird durch die Aufrechterhaltung der starren Kartellpreise gefördert, da diese die Steigerung des Absatzes unterbinden. Die erzielten Profite wurden zur Ausgestaltung der Werke verwendet, und der deutsche Enquetebericht schätzt zum Beispiel die Belastung der Walzwerksinvestitionen durch die überhöhten Eisenpreise auf 150 Millionen Mark! Die Ausweitung der Werksanlagen zwang wieder zu erhöhtem Absatz, der zu niedrigeren Preisen im Ausland gesucht und gefunden wurde: So hat die Rationalisierung den Ruin der Weltmarktpreise und damit den Ruin der Weltwirtschaft stark mitverschuldet. Die Unternehmer waren dabei Sklaven ihrer eigenen ausgebauten Betriebe.

Annegret Schüttler erklärt, daß zum Beispiel in der Eisenindustrie erst bei dreifacher Erhöhung der Produktion (nach durchgeführten Investitionen) eine vierprozentige Gewinnsteigerung erreicht werden konnte, eine geringe Unterschreitung der größten Kapazitätsausnutzung aber schon einen 4prozentigen Verlust herbeiführt. Daraus geht wohl eindeutig hervor, daß eben die Überdimensionierung des Produktionsapparates, die in ganz knapper Frist herbeigeführt wurde, schließlich die Weltkrise zur Folge haben mußte, da mit sinkender Ausnutzung der Werke die Gewinnquote herabgesetzt wurde, ganz verschwand oder gar zu tatsächlichen Verlusten führte. Das bewirkte seinerseits wieder die Flucht des Kapitals aus der Industrie, damit weitere Drosselungen der Produktion und im Gefolge weitere Freisetzungen von Arbeitskräften, damit ihre Ausschaltung als Konsumenten von Bedarfsgütern. Der Ring ist also ziemlich klar geschlossen und es erweist sich, daß es sich eben um Fehler des Systems handelt und nicht nur um vorübergehende Krisenerscheinungen.

Eine Lösung der Krise kann aber nur durch die Hebung der Kaufkraft herbeigeführt werden, da bei den gegenwärtigen Verhältnissen irgendeine nennenswerte Steigerung der Produktionsmittelindustrie auf lange hinaus nicht zu erwarten ist. Wird nun auch noch die Bedarfsgüterindustrie ständig weiter eingeschränkt, so bedeutet das, daß wir in absehbarer Zeit wie König Midas im Golde verhungern, das heißt zwar den ausgebautesten Produktionsapparat besitzen werden, den die Welt bisher gekannt hat, ohne ihn aber benutzen zu können. Sind die Volkswirtschaftler nicht in der Lage, dieses Problem zu erkennen und die „Herren der Wirtschaft“ zu veranlassen, es auch praktisch zu lösen, dann haben sie der kapitalistischen Ordnung das Todesurteil gesprochen.

## Die Welt in Waffen

Der gegenwärtige Rüstungsstand geht aus den amtlichen Veröffentlichungen hervor, die 24 Staaten dem Völkerbund eingereicht haben. Darunter fehlt Sowjetrußland, das bekanntlich das stärkste Heer der Welt besitzt. Von den Staaten, bei denen eine Übersicht möglich ist, hat das stärkste Heer Frankreich, dessen aktives Heer mit den Luftstreitkräften und den militärisch organisierten Verbänden eine Stärke in Höhe von 692 366 Mann hat, dazu kommen 4,2 Mill. ausgebildete Reservisten. Das zweitstärkste Heer weist Italien mit rund 500 000 Mann auf. Es folgt Polen mit 330 000 Mann und 2,5 Mill. ausgebildeten Reservisten. Rumänien verfügt über ein Heer von 315 000, England über ein solches von 304 000, Japan über 276 000, Jugoslawien über 223 000, Spanien über 162 000, Amerika über 154 000, die Tschechoslowakei über 140 000, Deutschland über 100 000 und Belgien über 88 000 Mann.

Deutschland als das größte Land Westeuropas hat ein Heer geringer als ein Kleinstaat.

Obige Übersicht zeigt aber, daß Mars noch immer seinen unheilvollen Einfluß in der Welt ausübt. Der Friedensgedanke, der laut dem Versailler Friedensvertrag und unzähligen Versicherungen seine Herrschaft über die Welt antreten sollte, ist weiter denn je davon entfernt. Wie der Konflikt zwischen Japan und China beweist, bildet die bewaffnete Macht noch immer das aktivste Instrument in den Auseinandersetzungen zwischen Staat und Staat. Eine traurige Bilanz, die man zu Beginn des Jahres 1932 zu ziehen hatte.

# Dede Wierke

in Deutschland gerauchte 3 $\frac{1}{8}$  Zigarette (mit Gold)

# ist eine CLUB



## Wirrwarr bei der Krisenunterstützung

### Keiner weiß, was Rechtens ist!

Lieber Kollege, vertrete mal bei fünf Arbeitsämtern einen Einspruch für je einen Krisenunterstützungsempfänger und du wirst nach den Verhandlungsterminen annehmen, daß fünf verschiedene Krisenverordnungen erlassen worden seien. Jedes Arbeitsamt legt die Verordnung anders aus. Hast du dann gegen die verschiedenartige Auslegung angekämpft, so bitte erkläre dann den vertretenen Arbeitslosen die Entscheidung und dieser wird dich bestimmt für einen Hellscher halten. Verstehen wird er dich zwar nicht, weil du selbst nicht sicher bist, ob du jetzt nicht dem Kollegen die Auslegung und Anwendung der Verordnung vom Arbeitsamt A mitgeteilt hast, während doch die Verhandlung beim Arbeitsamt C war. Bitte frage über die Auslegung einer Bestimmung beim Arbeitsamt selbst nach. Der Beamte von der Abteilung Land wird dir bestimmt eine andere Auskunft geben, als jener von der Abteilung Stadt.

### Ein Erklärer verklärt noch mehr

Im Reichsarbeitsblatt vom 5. November 1931 erläutert der Ministerialrat Dr. Beisiegel die Krisenverordnung vom 11. Oktober 1931. Über die Gewährung der Kru sagt er:

„Auch in Zukunft wird die Gewährung der Kru abhängig gemacht von dem Vorliegen einer Bedürftigkeit, die bekanntlich nicht identisch ist mit der Hilfsbedürftigkeit, die Voraussetzung der öffentlichen Fürsorge ist. Die Begründung zu § 63 des Entwurfs zum AVAVG, der dem heutigen § 101 entspricht, hebt ausdrücklich hervor, daß sich beide Begriffe nicht ohne weiteres decken. Es kann aber dahingestellt bleiben, ob es trotzdem ohne eine gesetzliche Änderung möglich gewesen wäre, auch in der Krisenverordnung die Unterstützung vom Vorliegen einer Hilfsbedürftigkeit abhängig zu machen. Jedenfalls ist aus den verschiedensten — hier nicht näher zu erörternden Gründen in der Verordnung ein besonderer Bedürftigkeitsbegriff im Grundsatz beibehalten worden. Unter dem Druck der heutigen finanziellen Verhältnisse aber und angesichts der ungeheuren Zahl von Arbeitslosen und insbesondere auch von Empfängern der Krisenunterstützung war es erforderlich, die Vorschriften über die Prüfung der Bedürftigkeit und damit die Leistungen der Krisenunterstützung mehr noch als bisher denen der öffentlichen Fürsorge anzugleichen. Dies zeigen insbesondere die Änderungen, die Art. 3 (bisher Art. 4) und Art. 7 erfahren haben.“

So, arbeitsloser Kollege und du Gewerkschaftsangehöriger, der die Vertretung bei den Sprachausschüssen hat, suche dir aus dem Salat heraus, was für dich zutrifft: Hilfsbedürftigkeit braucht also nicht vorzuliegen, die ist für die öffentliche Fürsorge. Aber, sagt Herr Beisiegel: „Es kann aber dahingestellt bleiben, ob es trotzdem ohne eine gesetzliche Änderung (des Art. 7) möglich gewesen wäre, auch in der Krisenverordnung die Unterstützung vom Vorliegen einer Hilfsbedürftigkeit abhängig zu machen.“ Also Hilfsbedürftigkeit nicht, aber doch wurde die Krisenverordnung geändert, um die Unterstützung von einer Hilfsbedürftigkeit abhängig zu machen.

Wie ist nun der besondere Bedürftigkeitsbegriff in der Krisenverordnung zu ergründen? Die besondere Bedürftigkeit ist aber nur dem Grundsatz nach beibehalten worden, und doch ist wieder erforderlich, die Vorschriften über die Prüfung der Bedürftigkeit und damit der Leistungen aus der Krisenverordnung mehr als wie bisher der öffentlichen Fürsorge anzugleichen. Dabei steht heute fest, daß eine ganze Anzahl Städte und selbst ländliche Orte höhere Fürsorgegesetze haben, als sie die Krisenverordnung ausweist. Vieles wird in der Fürsorge auch noch Sachleistung, wie Brennmaterial, Lebensmittel, Kleidungsstücke usw., an die Unterstützten ausgegeben. Was ist nun mit der Krisenverordnung in diesen Orten? Wird sie erhöht auf die Sätze der allgemeinen Fürsorge?

Freunde, geht es auf, auch mit dem Art. 7 der Krisenverordnung zu befassen; er ist genau so unklar und dembar als wie der Art. 3, der sogar den Arbeitsämtern ermöglicht, die verschiedenen Richtzahlen nochmals nach fünf bis sechs Ortsklassen abzustufen.

Kommt ein Arbeitsloser zur Sprechstunde und schant so verstört, als ob ihm die Hühner das Brot fortgenommen hätten, so ist dies bestimmt ein Krisenunterstützungsempfänger, der folgenden Bescheid erhalten hat: „Gemäß Art. 7 der VO vom 23. 10. 1931 war Ihnen die Krisenunterstützung um — M — Pf. zu kürzen. Ihre Unterstützung beträgt somit ab . . . . — M — Pf.“

### O, das Ausgeheimnis!

Ich stürze aus Telefon, rufe das Arbeitsamt an und frage: „Aus welchen Gründen ist dem X. die Krisenunterstützung gekürzt worden? Im Bescheid sind Gründe nicht enthalten.“ Die Antwort lautet bestimmt: „Bedauer, ich darf die Gründe nicht angeben, der Mann kann ja Einspruch gegen die Entscheidung einlegen.“

Weil ich nun keine Gründe erfahren kann und diese im Bescheid nicht enthalten sind, muß ich, um wenigstens einigermaßen Anhaltspunkte für den Einspruch zu haben, den Kollegen fragen, ob er einen Nebenberuf hat — etwa Kaninchen züchtet —, oder ob er Angehörige und Verwandte bis ins dritte und vierte Glied hat, die die sittliche Pflicht haben, ihn ganz oder teilweise zu unterhalten. Ferner, ob er sich etwa mit dem Bürgermeister seines Wohnortes oder dessen Frau verfeindet hat. Ob er katholisch oder protestantisch ist. Denn auch hieran kann die „Bedürftigkeit“ scheitern.

Nach der Krisenverordnung und den Anweisungen der Reichsanstalt müssen die Gemeinden oder der Gemeindeverband bei der Feststellung der Bedürftigkeit eines Krisenantrages mitwirken. Herr Ministerialrat Beisiegel sagt dazu im Reichsarbeitsblatt Nr. 31 S. 614:

„Deshalb ist die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit aller beteiligten Stellen nunmehr im Gesetz selbst verankert (§ 172 Abs. 3 AVAVG). Die Arbeitsämter müssen in allen Fällen, in denen sie in der Krisenverordnung eine Unterstützung gewähren wollen, den Gemeinden oder Gemeindeverbänden Gelegenheit zur Äußerung über die Bedürftigkeit geben; die Gemeinden und Gemeindeverbände dürfen sich der Mitwirkung nicht entziehen.“

Nach welchem Gutachten wird nun die Bedürftigkeit geprüft und entschieden? In der Praxis wohl nach keinem, sondern der Vorsitzende des Arbeitsamtes kann trotz aller Gutachten und Auskünfte entscheiden, wie er glaubt. Das Arbeitsamt kann einen Krisenantrag ohne weiteres ablehnen, wenn es glaubt, daß Bedürftigkeit nicht vorliegt. Die Gemeinde muß zwar gehört werden, aber das Arbeitsamt kann Unterstützungen ablehnen; selbst wenn die Gemeinde die Bedürftigkeit bejaht, und es kann umgekehrt Unterstützung gewähren, auch wenn die Gemeinde die Bedürftigkeit ablehnt. Trotz aller Um- und Nachfragen wird der Antrag doch entschieden, wie das Arbeitsamt will. Nur dann, wenn der Vorsitzende keine Entschlußfähigkeit aufweist, können Fälle wie nachstehend vorkommen:

Ein Schreiner, Sohn eines Gemeindehirten, stellt den Antrag auf Kru. Die Gemeinde und der Gemeinderat lehnen die Bedürftigkeit ab, weil der Vater im Jahre 690 M Einkommen und freie Wohnung im Gemeindearmenhaus hat. Wiederholte Anschreiben des Arbeitsamtes beim Bürgermeister ergeben den gleichen Bescheid: „Bedürftigkeit liegt nicht vor.“ Der Bürgermeister wird selbst ins Arbeitsamt geladen, kommt jedoch nicht. 13 Wochen stempelt nun der Antragsteller, ohne daß er weiß, ob er Unterstützung bekommt oder nicht. 13 Wochen bekommt er keine Kru, von der Gemeinde auch keine Fürsorgeunterstützung, weil diese die Bedürftigkeit ablehnt, und das obwohl in der Familie fünf Personen, darunter der Arbeitslose, unterhalten werden müssen.

### Herr, erlöse uns von dem Übel!

Nach den Anweisungen sind die Arbeitsämter verpflichtet, dafür zu sorgen, daß die Berichte der Gemeinden vertraulich behandelt werden, und daß dem Arbeitslosen selbst kein Einblick in die Akten zu geben ist. Das Arbeitsamt ist ferner gehalten, bei Ablehnung oder Kürzung der Kru den Arbeitslosen weder schriftlich oder mündlich auf den Bericht zu verweisen, noch darf es die Ablehnungsgründe der Gemeinde bekanntgeben. Weshalb darf der Arbeitslose nicht erfahren, wer ihm die Unterstützung verweigert oder teilweise entzogen oder gekürzt hat und aus welchen Gründen dies geschah? Über diese Geheimniskrämerei sind die Arbeitslosen mit Recht ungehalten. Schwindel, Schieberei, Vertuschung, Verkauferei sind noch die mildesten Ausdrücke, die darüber von den Arbeitslosen gebraucht werden. Besonders in den kleineren Gemeinden läßt der Neid, die Klatschsucht und Feindschaft kein objektives Urteil über die Bedürftigkeitsprüfung aufkommen, und weitere Feindschaft unter den Gemeindeangehörigen ist die Auswirkung dieser Geheimniskrämerei.

Der Arbeitslose oder sein Vertreter muß wissen, warum die Unterstützung gekürzt oder abgelehnt wird. Nur dann kann er sich im Einspruchsverfahren gegen Ungerechtigkeiten und Irrtümer wehren, und er weiß dann wenigstens woran er ist.

Tag und Nacht verfolgt der Art. 7 der Krisenverordnung, und hinter ihm der Artikel 3, den Arbeitslosen und seinen Gewerkschaftsvertreter sowie die Angestellten der Arbeitsämter selbst. Händeringend rufen alle: „Herr, erlöse uns von dem Übel des Art. 7! Strafe aber auch den Bürokraten mit Pech und Schwefel, wenn er nochmals versuchen sollte, solch dembare Paragraphen zusammenzuzuschustern!“ Schafft Klarheit in den Bestimmungen der Krisenunterstützung, auch dann, wenn dies schwer fallen sollte.

## Die genossenschaftliche Rückvergütung

Arbeitslosigkeit, gekürzte Gehälter und Löhne beschränken die Möglichkeit zu Ersparnissen. Aber trotzdem hat der organisierte Verbraucher in den Konsumvereinen Gelegenheit zu sparen, ohne daß er einen Groschen täglich zurücklegt. Je nach dem genossenschaftlichen Umsatz des Mitglieds richtet sich diese Ersparnis. Ganz beachtliche Beträge kommen im ganzen zusammen, dreißig, vierzig, fünfzig Mark sind keine Seltenheit; ja, achtzig, hundert Mark und noch höhere Beträge kommen vor; je nach der Größe der Familie, dem Einkommen und der Treue zum Konsumverein richtet sich die Umsatzhöhe. Leider erreichen nicht alle Mitglieder die genossenschaftliche Umsatzhöhe, die ihrem Gesamtbedarf entspricht. Wankelmütigkeit, Bequemlichkeit und Vorurteile sind Gründe unzureichender Umsatzhöhe. Daß bei wenig Umsatz auch nur eine kleine Rückvergütung zur Auszahlung kommt, ist selbstverständlich. Manche falschen Entschuldigungen werden oft von den säumigen Mitgliedern ihrer niedrigeren Umsätze wegen angeführt so zum Beispiel die, die Rückvergütung sei nicht hoch genug. Wer so etwas ausspricht, übersieht, daß es den Konsumvereinen bei hohen Rückvergütungen nicht möglich ist, so preisregulierend zu sein, wie das ihre Aufgabe erfordert. Hohe Rückvergütung auf Kosten hoher Preise, die zugleich dem Einzelhandel am Ort erwünscht sind, ist Unsinn. Die Konsumvereine müssen ihre Leistungsfähigkeit anders beweisen, müssen beste Waren zum niedrigsten Tagespreis an ihre Mitglieder bringen, die genossenschaftlichen Einrichtungen und Unternehmungen zu immer größerem Einfluß auf die Volkswirtschaft stärken, in ihren eigenen Betrieben vorbildliche Arbeitsverhältnisse erhalten und darüber hinaus einen Teil der im Jahre erzielten Erübrigung an die Mitglieder zurückerstatten. Es ist die große Aufgabe der Genossenschaftler, nach konsumgenossenschaftlichen Grundsätzen die Gemeinwirtschaft zu erstreben, in der die Menschen von dem Zwang befreit sein sollen, ihre Lebenshaltung zum Vorteil von kapitalistischen Warenfabrikanten und Warenhändlern einzuschränken.

## Schriftenschau

Eiserne Front. Die Republikaner haben gegenüber dem faschistischen Treiben unendliche Geduld bewiesen. Jetzt ist das Maß voll. Die Anmaßungen und Frechheiten der Faschisten überschreiten jeden Begriff. So hat sich die Eiserne Front zur Abwehr gebildet. In der vorliegenden Schrift sind die Aufrufe von Otto Wels, Vorsitzender der SPD, von Peter Graßmann vom ADGB, dann dem Führer des Reichsbanners Karl Höpfermann und Fritz Wildung, Führer der Arbeiterpartei, enthalten. Diese Führer bilden die siegreiche Eiserne Front. Diese Broschüre liefert die geistigen Waffen im Kampf gegen den Faschismus. Preis 15 Pf. J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H., Berlin.

Volckmanns Baupläne flugfähiger Flugmodelle, herausgegeben im Auftrage des Deutschen Luftfahrtverbandes e. V. 1. Bauplan: Das Segelflug-Rumpfmittel von Oskar Gentsch, mit zwei Bauzeichnungen und Erläuterungen. Preis 1,20 M. Verlag C. J. E. Volckmann Nachf., Berlin-Charlottenburg 2.

Das geduldige Albion. Roman von Paul Banks. Aus dem Englischen übersetzt von Karl Korn. Preis 4,80 M. Verlag „Der Bücherkreis GmbH“, Berlin SW 61. Das stolze Albion ist von der Weltwirtschaftskrise mit am schwersten getroffen. Viele Vorgänge in England sind uns Deutschen unverständlich. Dieser Roman führt uns nach England und gibt uns eine Erklärung über die Denkweise und die Auffassungen des Engländer. Dieses Buch füllt eine Lücke in der Arbeiterliteratur.

**Gallenstein und Leberleiden**

Besser die einfachsten Naturmittel: Schwefelwasserstoff und Seltene Metalle immer noch am sichersten und raschesten. 50 nur je 1.50 M., Sanftwirkung mit je 5 Pf. (aufsummen 10 Pf.) nur 15.— M. franco Nachnahme durch das

**Herbaria-Kräuterparadies**  
Philippsburg 62, 304 (Baden)

Herstellung aller naturheilen Frucht-, Gemüse- und Heilpflanzenstoffe. Broschüre gratis.

Wir helfen an jedermann

**Tuche**

Wasser- ab Dampfer- stoffe

**Fabrik**

Vertrag: Sie sofort Muster  
Lohnen & Anway  
Ältestes Tuchverandhaus  
mit eigener Fabrikation  
Spremberg (Lausitz) 11

Hyg. Gammi 30% unt. Preis  
„Kosmos“, Ludwig 21 W.

**Zigarette**

Ausbest. Ueberseestabak  
9cm gr. 100 St. nur M. 5.—  
Bauschtabak M. 1.30p.  
Pfd. an geg. Nachn. Gr.  
Perid. gr. Zigarettenfab.  
Gehr. Weckmann, Rosen 8

Wer Taschen- u. Armband-Uhr ganz billig kaufen will verlangt Preisliste gratis von  
Ulrich-Klasse, Berlin SW 29/207, Zossener Str. 8

**Elektromeister- und Radiofernschule**

Prospekt 6 frei. Berlin-Wilmersdorf, Wilhelmstraße 5d

**Ohne Technikum zum Techniker**

Werkmeister, Ingenieur und Werkleiter führen wir Sie neben dem Beruf durch die Selbstunterrichtsbriefe des Systems Karack.

Brieflicher Fernunterricht mit Abschlussprüfung vor einer Kommission.

Ferner Nachholung von Obersekundareife und Abiturium durch die Selbstunterrichtsbriefe der Methode Rusin. Ebenso kaufmännische, freisprachliche und musikwissenschaftliche Ausbildung. — Bequeme Monatszahlungen. — Berufsberatung und Prospekt kostenlos.

Rustisches Lehrinstitut, Potsdam Td. 24